



Verantwortung für heute – Visionen für morgen

**Grundsatzprogramm der
Christlich Demokratischen Union
Brandenburgs**

**Beschlossen vom 20. Landesparteitag
Potsdam, 03. November 2007**



CDU BRANDENBURG

	Seite
Unser Leitbild für Brandenburg	3
I. Selbstverständnis der CDU Brandenburg	3
II. Neue Herausforderungen annehmen – Chancen nutzen – Visionen verwirklichen	13
Unsere Politik für Brandenburg	18
1. Familien stärken und Zukunft sichern	18
2. Erziehung und Bildung verbessern	23
3. Wachstum fördern und Arbeitsplätze schaffen	29
4. Wissenschaft und Forschung weiterentwickeln	37
5. Ländlichen Raum und Landwirtschaft erhalten	40
6. Die Schöpfung in lebenswerter Umwelt bewahren	43
7. Soziale Sicherheit und Geborgenheit sicherstellen	47
8. Freiheit und Demokratie schützen	58
9. Kultur, Kunst und Medien fördern	63
10. Europa leben	67
Anhang	
Schlagwortregister	70
Die Mitglieder der Programmkommission der CDU Brandenburg	77
Impressum	78

Unser Leitbild für Brandenburg

I. Selbstverständnis der CDU Brandenburg

Wer wir sind

Die CDU Brandenburg ist eine bürgerliche Volkspartei mit christlichem Menschenbild, konservativen Wertgrundlagen, liberalem Weltverständnis und sozialer Verantwortung. Sie ist die Kraft, die für Brandenburg und seine Bürgerinnen und Bürger steht. Mit unserer Politik wollen wir den Menschen aus christlicher Verantwortung dienen.

Die brandenburgische CDU wendet sich an alle Menschen unseres Landes. Sie ist für jeden offen, der die Würde und die Freiheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Auf diesem Fundament baut das gemeinsame Handeln von Christen, Andersgläubigen und Nichtgläubenden in der CDU auf.

Wir wollen gemeinsam mit den Menschen ein traditionsbewusstes, modernes und erfolgreiches Brandenburg weiterentwickeln und die neuen Herausforderungen selbstbewusst und offensiv annehmen.

Die Wurzeln der CDU Brandenburg

Die CDU Brandenburg wurde von Männern und Frauen gegründet, die nach dem Scheitern der Weimarer Republik, den Verbrechen der Nationalsozialisten und der kommunistischen Diktatur nach 1945 die Zukunft des Landes mit einer christlich geprägten, überkonfessionellen Volkspartei aller christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte der Mitte gestalten wollten.

Die geistigen Wurzeln der CDU Brandenburg liegen im christlich motivierten Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime, in der katholischen Soziallehre und evangelischen Sozialethik der Kirchen sowie in der liberalen Tradition der europäischen Aufklärung. In ihr haben sich verschiedene konservative, soziale und liberale Strömungen sowie Vertreter unterschiedlicher christlicher Kirchen zu einer politischen Gemeinschaft zusammengeschlossen. Zu nennen sind für die Zeit nach 1945 das Zentrum, der Christlich-Soziale Volksdienst, die Deutsche Volkspartei sowie Vertriebenen- und Bauernverbände; für die Wendezeit in der DDR die Ost-CDU, der Demokratische Aufbruch, die Deutsche Soziale Union, die Demokratische Bauernpartei Deutschlands und Teile der Bürgerbewegungen.

Zur Geschichte der CDU Brandenburg nach 1945 gehört, dass viele Christdemokraten, die in der Sowjetischen Besatzungszone und später DDR für Freiheit, Demokratie und nationale Einheit eintraten und der kommunistischen Diktatur und der erzwungenen Gleichschaltung der Parteien Widerstand leisteten, ermordet, verhaftet, verurteilt, deportiert, zur Resignation veranlasst oder zur Flucht in den Westen getrieben wurden. 1950 war eines der furchtbarsten und blutigsten Jahre für die CDU Brandenburg. Durch Verhaftungen, Vertreibungen und Mord wurde fast die gesamte Führung der CDU von den kommunistischen Machthabern physisch und politisch liquidiert.

Dem Vermächtnis der Gründer der CDU fühlen wir uns verpflichtet. Nur wer sich seiner Wurzeln bewusst ist, kann die Gegenwart und Zukunft erfolgreich gestalten. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands, der Wiedergründung des Landes Brandenburg und dem Zusammenwachsen Europas haben sich große politische Visionen unserer Partei erfüllt.

Die CDU versteht sich als Union für Brandenburg, die die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belange des ganzen Landes vertritt.

Unser Verständnis vom Menschen

Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen.

Aus dem christlichen Bild von Menschen folgt, dass wir uns zu seiner unantastbaren Würde bekennen. Die Würde aller Menschen ist gleich, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter, von religiöser und politischer Überzeugung, von Behinderung, Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg und Misserfolg und vom Urteil anderer. Wir achten jeden Menschen in seiner einmaligen und unveränderlichen Würde in allen Lebensphasen. Das Leben des Menschen – auch das ungeborene und sterbende – ist unantastbar.

Aus der Würde des Menschen ergibt sich sein Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und die Verantwortung gegenüber dem Nächsten. Nach christlichem Verständnis handelt der Mensch in Verantwortung vor Gott und vor seinem Gewissen. Dabei ist uns bewusst, dass jeder Mensch Irrtum und Schuld ausgesetzt ist. Jedoch bewahrt uns diese Einsicht vor einseitigen Ideologien und totalitärem Politikverständnis.

Die Erfahrung aus zwei Diktaturen verpflichtet uns in besonderem Maße, die Würde des Menschen als Grundlage unseres demokratischen Rechtsstaates zu verstehen.

Für Freiheit und Chancengerechtigkeit

Unser Leitbild ist das der verantworteten Freiheit und der Chancengerechtigkeit.

Wir vertrauen auf die Fähigkeit und die Bereitschaft der Bürger, ihr Lebensglück frei und eigenverantwortlich zu gestalten. Alle Menschen in Brandenburg sollen die Chance haben, sich so zu entwickeln, wie es ihren Begabungen, Fähigkeiten, Wünschen und Neigungen entspricht. Aufgabe der Politik ist es, wo nötig Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten und die Selbstverantwortung des einzelnen zu fördern. Wir bekennen uns zur Leistungsbereitschaft und wenden uns gegen jede Form von Gleichmacherei.

Wir setzen uns für eine aktive Bürgergesellschaft ein. Wir sind davon überzeugt, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gestärkt wird, wenn wir mehr Freiheit wagen und den Menschen wieder mehr eigene Entscheidungsmöglichkeiten zurückgeben.

Mitmenschlichkeit und soziale Verantwortung gedeihen dort, wo sich Menschen für andere Menschen interessieren und sich ehrenamtlich engagieren. Nicht ein reines Effizienzdenken um jeden Preis bringt dauerhaften Erfolg, sondern ein Miteinander, in dem sich die Menschen gern zu ihrem Land, zu ihrer Region, zu ihrer Kultur und zu ihrem historischen Erbe bekennen.

Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung. Deshalb ist das gesellschaftliche Leben nach dem Prinzip der Subsidiarität zu ordnen: Staat und Kommunen sollen Aufgaben nur übernehmen, wenn sie von den einzelnen Bürgern oder jeweils kleineren Gemeinschaften nicht erfüllt werden können. Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebenso gut zu leisten vermag, soll ihm vorbehalten bleiben.

Für Markt und Wettbewerb in einer solidarischen Gesellschaft

Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie bekennt sich zur Kraft des Marktes, zum Wettbewerb und zur solidarischen Gesellschaft. Markt und Wettbewerb sind die Voraussetzungen für Solidarität.

Die Soziale Marktwirtschaft bietet die besten Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und für einen fairen sozialen Ausgleich in der Gesellschaft. Sie ist die einzige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die in der Lage ist, auch unter den Bedingungen der Globalisierung, die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Freiheit und Eigentum, Eigenverantwortung und Privatinitiative sind die Grundlagen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Staat und Gesellschaft müssen diesen gebührend Rechnung tragen. Dazu gehört insbesondere der Stolz auf unsere Unternehmer, die Anerkennung ihrer Leistung und der Respekt für ihren Mut, unternehmerisches Risiko und soziale Verantwortung auf sich zu nehmen. Wirtschaftlicher Erfolg ist das Ergebnis der Arbeit von innovativen, zielstrebenden, tüchtigen und couragierten Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Damit in Brandenburg mehr Wachstum und Arbeitsplätze entstehen können, muss das Gleichgewicht zwischen Freiheit und sozialer Verantwortung neu bestimmt werden: Wir brauchen mehr Unternehmergeist und weniger staatliche Reglementierung, mehr Selbstverantwortung und weniger Versorgungsmentalität. Nur so kann die Soziale Marktwirtschaft auch in Zukunft ein Erfolgsmodell bleiben.

Sozial ist, was Arbeit schafft

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine der größten Herausforderungen. Arbeit bildet eine wesentliche Grundlage dafür, dass die Menschen gesichert und in Wohlstand leben können sowie persönliche und gesellschaftliche Anerkennung finden. Wir halten an dem Ziel fest, allen Bürgern die Chance auf einen Arbeitsplatz zu eröffnen.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen, Innovationen, Wachstum und Beschäftigung in Brandenburg hat für die CDU deshalb Priorität. Engagierte Unternehmer sind es, die Arbeitsplätze schaffen – nicht der Staat.

Wirtschaftliches Wachstum ist die Grundvoraussetzung für einen leistungsfähigen Staat. Wohlstand und der Erhalt der sozialen Sicherungssysteme hängen davon ab, dass in der Wirtschaft ausreichend sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Nur mit starken und wirtschaftlich gesunden Unternehmen wird unser soziales Netz leistungsfähig bleiben.

Die CDU berücksichtigt als Volkspartei bei der Gestaltung der neuen Herausforderungen in Brandenburg gleichermaßen die Interessen von Unternehmern wie Arbeitnehmern, Leistungsträgern wie Leistungsempfängern, städtischen wie ländlichen Regionen.

Für einen handlungsfähigen Staat

Die CDU steht für ein funktionierendes Staatswesen. Wir wollen einen Staat, der handlungsfähig ist, wenn es um die Erfüllung seiner Kernaufgaben geht, der aber zugleich die Freiheit seiner Bürger respektiert. Wir wollen einen Staat, der die Sorgen und Nöte seiner Bürger ernst nimmt, Recht und Gesetz konsequent durchsetzt und die Freiheitsräume von Jung und Alt schützt.

Sicherheit ist die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie zu garantieren, ist Aufgabe staatlicher Ordnung.

Gerade in der Wirtschaftspolitik gilt: Weniger Staat ist mehr! Unternehmer brauchen zum erfolgreichen Handeln Freiräume und gute Rahmenbedingungen. Der Staat sollte nicht als Unternehmer agieren. Er soll nur dann tätig werden, wenn das Gleiche nicht ebenso durch Private erbracht werden kann.

Ja zur solidarischen Leistungsgesellschaft

Die CDU Brandenburg bekennt sich zur solidarischen Leistungsgesellschaft. Wir lassen niemanden im Stich, der in Not geraten ist. Den Schwachen zu helfen, ist christliches wie politisches Gebot.

Die CDU will den Sozialstaat als Diener des Menschen und nicht als Vormund. Sie fördert deshalb in der Sozialpolitik Selbstverantwortung und Eigeninitiative. Wo der Bürger Wechselfälle des Lebens aus eigener Kraft meistern kann, muss er dieser Verantwortung auch gerecht werden.

Jeder hat das Recht auf und die Pflicht zur Solidarität. Jeder trägt mit seiner Arbeit und Leistung dazu bei, dass die Gemeinschaft für den Einzelnen eintreten kann. Wir bekennen uns zu dieser wechselseitigen Verantwortung. Elementare Formen der Solidarität sind Hilfe und Unterstützung im unmittelbaren persönlichen Miteinander – in der Familie, unter Nachbarn und in privaten Gemeinschaften. Dort aber, wo die Kräfte des einzelnen überfordert sind, müssen die Gemeinschaft und der Staat helfen.

Wir wissen, dass unser Sozialstaat nur das verteilen kann, was seine Bürger zuvor erwirtschaftet haben. Deshalb sind wir für Sparsamkeit und Leistungsorientierung sowie für eine kontinuierliche Aufgabenkritik.

Unsere Grundwerte im Spannungsverhältnis

Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bedingen und begrenzen sich gegenseitig. Sie ausgewogen zu gestalten, ist Kern der politischen Auseinandersetzung.

Jeder soll die gleiche Möglichkeit haben, sich in Freiheit so zu entfalten, wie es seinen persönlichen Fähigkeiten entspricht. Dafür bietet die Chancengesellschaft die Voraussetzungen und Möglichkeiten. Dazu gehört, Unterschiede in den persönlichen Anlagen des Einzelnen nicht zu leugnen. Wir wollen gleiche Chancen eröffnen, nicht gleiche Ergebnisse versprechen.

Solidarität ist Ausdruck der sozialen Natur des Menschen. Und sie ist ein Gebot der Nächstenliebe. Solidarität verpflichtet uns auch gegenüber den künftigen Generationen. Alle politischen Entscheidungen müssen dieser Verantwortung gerecht werden.

Politik im Zeichen der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit heißt für uns, dass wir unseren Kindern und Enkeln weder Schulden noch ökologische Lasten, weder soziale noch technologische Risiken hinterlassen, die wir nicht verantworten können. Das ist für uns eine Frage von Gerechtigkeit.

Ohne Gerechtigkeit gibt es keine Freiheit. Gerechtigkeit verliert ohne den Gedanken der gleichen Würde des Menschen ihren Maßstab. Gerechtigkeit verlangt, Gleiches gleich zu behandeln. Im Rechtsstaat bedeutet Gerechtigkeit gleiches Recht für alle. Recht schützt vor Willkür und Machtmissbrauch. Es sichert Freiheit auch für den Schwächeren.

Gerechtigkeit fordert auch, Ungleiches ungleich zu behandeln. Deshalb ist es gerecht, dass die Starken einen größeren Beitrag für unser Gemeinwesen leisten als die Schwachen. Und es ist gerecht, dass diejenigen, die unverzichtbare Leistungen für unser Gemeinwesen erbringen, wie zum Beispiel Eltern mit Kindern, geringere Lasten zu tragen haben, als diejenigen, die solche Leistungen nicht erbringen.

Für Toleranz und Weltoffenheit

Die CDU steht für ein selbstbewusst nach vorn blickendes Brandenburg, das Tradition und Moderne in Einklang bringt. Modernität und Heimatverbundenheit, Traditionsbewusstsein und Offenheit für das Neue stellen für uns keine Widersprüche dar.

Toleranz und Weltoffenheit sind Markenzeichen unserer preußischen Geschichte, die Brandenburg wesentlich geprägt haben und auch heute auszeichnen. Der kulturelle Reichtum unseres Landes speist sich aus der Vielfalt seiner Regionen und der Offenheit für Anregungen aus aller Welt. Deshalb dürfen Extremismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit in Brandenburg keine Chance haben.

Brandenburg ist Teil der deutschen Kulturnation, die geprägt ist durch die christlich-jüdische Tradition und die Aufklärung. Familie, Muttersprache, Heimat, Kultur und die regionalen Identitäten der Brandenburger sind auf der Basis der in zweitausend Jahren in Europa gewachsenen christlich-abendländischen Kultur das Band, das uns verbindet und Voraussetzung für die Stabilität unserer Gesellschaft ist.

Teil unserer Gesellschaft zu sein, heißt, an unserer Geschichte, unseren Traditionen und Erfahrungen, unseren Sitten und Normen des Zusammenlebens und damit unserer Kultur teilzuhaben. Das gilt für die Integration von Zugewanderten oder Zuwandernden und ihren Kindern – es gilt für die gesellschaftliche Teilhabe eines jeden.

Bedingungen unseres Zusammenlebens sind zuerst: die deutsche Sprache zu beherrschen, achtungsvoll dem Mitbürger zu begegnen und zu Leistung und Verantwortung bereit zu sein. Jeder Bürger muss zudem die für uns verbindlichen kulturellen Grundlagen unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung anerkennen.

Grundlage dieser Ordnung sind Werte, die unserer europäischen Geschichte entstammen und in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland eingegangen sind: die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen, sein Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, die Gleichwertigkeit der Menschen und die sich aus ihr ableitende Gleichheit der Rechte der Bürger, die Anerkennung der Lebensentwürfe und geistigen Orientierungen anderer und damit auch der Respekt vor der Freiheit des religiösen Bekenntnisses.

Dieses umfassende Verständnis macht unsere Leitkultur in Deutschland aus und ist die Grundlage für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Wir erwarten von allen Menschen, die in unserem Land leben, dass sie bereit sind, sich zu integrieren, und dass sie sich an unsere Rechts- und Werteordnung halten. Die Einbürgerung steht für uns nicht am Anfang, sondern am Ende des Integrationsprozesses.

Politik für eine lebenswerte Umwelt

Nach christlichem Verständnis sind Menschen und Natur Schöpfung Gottes. Sie zu erhalten, ist unser Auftrag. Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist fester Bestandteil christlich-demokratischer Politik: Wir wollen unseren Kindern und Enkeln eine Welt bewahren und hinterlassen, die auch morgen lebenswert ist. Die nachfolgenden Generationen haben ein Recht auf wirtschaftliche Entwicklung, sozialen Wohlstand und eine intakte Umwelt.

Eine zukunftsorientierte Umwelt- und Klimaschutzpolitik schafft neue Chancen auf Arbeitsplätze. Ökologische Bildung, Forschung und Entwicklung, Umwelttechnologien und darauf aufbauende Innovationen müssen daher nachhaltig gefördert werden.

Wir müssen Energieversorgung und Energieverbrauch sicher, klima- und umweltverträglich sowie wirtschaftlich tragfähig gestalten. Es gilt, die Vielfalt der Natur zu schützen und zugleich als wirtschaftliche Lebensgrundlage zu erhalten. Unser Ziel ist es, ökonomische Vernunft und ökologische Notwendigkeit in Einklang zu bringen.

Politische Grundentscheidungen

Die CDU ist die Partei der Deutschen Einheit.

Wir stehen für die Vollendung der inneren Einheit unseres Vaterlandes und das Zusammenwachsen Europas. Wir können die innere Einheit nur vollenden und uns glaubwürdig für Europa einbringen, wenn wir uns zur deutschen Nation bekennen.

Wir bekennen uns zu unserer Heimat und zum Patriotismus. Ohne Liebe zur Heimat kann ein Volk nicht gedeihen.

Wir haben durch unsere Geschichte eine besondere Verantwortung, kommenden Generationen den fundamentalen Unterschied von Diktatur und Demokratie zu vermitteln und ein bewusstes Verhältnis zu unserer Geschichte zu entwickeln. Die Verfehlungen und die Verbrechen der deutschen Politik im 20. Jahrhundert haben gelehrt, dass Pflichtbewusstsein, Loyalität und Treue missbraucht werden können, wenn sie nicht eindeutig mit den Menschenrechten verbunden sind.

Das Prinzip des christlichen Politikansatzes wurde in der leidvollen Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft und der kommunistischen Diktatur geprägt. Das Christliche bedeutet neben der Berufung auf die Verantwortung vor Gott und die gewachsene geistige Kultur Europas eine scharfe Abgrenzung gegen nationalsozialistischen Rassenhass und kommunistischen Klassenkampf, denen Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Brandenburg teilt mit allen neuen Bundesländern die einschneidende Prägung zweier Diktaturen. Die Auseinandersetzung mit dem totalitären System des Nationalsozialismus und seinen Verbrechen nimmt hierbei eine Sonderstellung ein.

Die CDU lehnt jeglichen totalitären Machtanspruch ab. Wir sind gegen die Bildung von Regierungen durch direkte oder indirekte Mithilfe von links- oder rechtsradikalen Parteien.

Wir wenden uns gegen DDR-Nostalgie und Glorifizierung des Sozialismus. Der Wesenskern der sozialistischen Ideologie ist falsch und hat sich in seinen Auswirkungen als unmenschlich und verheerend erwiesen.

Wir stehen auf der Seite derjenigen, die in der DDR unterdrückt wurden und denen die Machthaber mit Repressalien das Leben schwergemacht haben. Die Mehrheit der Bevölkerung hat das sozialistische System nicht gewollt, musste sich aber der Diktatur beugen und die Lebensgestaltung an die schwierigen Verhältnisse anpassen. Unter diesen Bedingungen haben viele trotz allem Hervorragendes geleistet, um die Lebensgrundlagen für ihre Familien und für die Bevölkerung zu sichern. Das darf niemandem abgesprochen werden. Nicht die Menschen sind gescheitert, sondern das System. Die Menschen in der DDR sind im Sozialismus um den Lohn ihrer Leistung gebracht worden.

Die gelungene Integration einer Dreiviertelmillion Vertriebener aus den deutschen Ostgebieten sowie Ost- und Mitteleuropa nach 1945 im Land Brandenburg stellt eine der größten Leistungen in der Geschichte des Landes Brandenburg und seiner Bürger dar.

Es waren die Ostdeutschen, die mit ihrer machtvollen und selbstbewussten Forderung „Wir sind das Volk!“ das sozialistische System aus eigenen Kräften zum Einsturz gebracht haben und den Weg für die Einheit Deutschlands entscheidend bereitet haben. Sie können mit Würde und Selbstachtung den Weg der inneren Einheit unseres Vaterlandes beschreiten. Die Einheit Deutschlands kann nur vollendet werden, wenn dies unter dem Begriff der Nation und dem solidarischen Miteinander zwischen Ost und West geschieht.

Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Diese vom christlichen Menschenbild herrührende Einsicht schafft Bereitschaft zur Versöhnung und ermöglicht einen gemeinsamen Neubeginn.

II. Neue Herausforderungen annehmen – Chancen nutzen – Visionen verwirklichen

Demographischer Wandel

Bis zum Jahr 2030 wird die Bevölkerung in Brandenburg von derzeit 2,548 Millionen auf 2,235 Millionen Einwohner zurückgehen. War im Jahr 2004 fast jeder fünfte Brandenburger über 65 Jahre alt, so wird es im Jahr 2030 bereits jeder dritte Brandenburger sein – bei ständig steigender Lebenserwartung.

Darüber hinaus wird die Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg durch die Abwanderung junger Menschen – insbesondere junger Frauen – vor allem aus dem ländlichen Raum beeinflusst. Diesem Trend muss entgegengewirkt werden.

Auf diese neuen Rahmenbedingungen müssen wir Brandenburg vorbereiten, um die Chancen künftiger Generationen zu erhalten. Das erfordert Mut zur Ehrlichkeit und Mut zum Umdenken. Die demographischen Probleme sind durch Zuwanderung allein nicht zu lösen.

Es müssen neue, kreative Lösungen und Konzepte entwickelt werden. Insbesondere muss eine familienorientierte Bevölkerungspolitik einen Beitrag leisten, die Entscheidung für mehr Kinder zu erleichtern. Brandenburg muss attraktivere Rahmenbedingungen für gut ausgebildete Menschen und Höchstqualifizierte bieten, die bei uns leben, arbeiten und Brandenburg als Heimat annehmen wollen.

Demographie muss langfristiger Bestandteil aller politischen Entscheidungen und Planungen sein. Durch die Verlängerung der Lebenserwartung muss der Generationenbegriff weiterentwickelt und das Verhältnis zwischen den Generationen neu bestimmt werden. Ältere Menschen sind heute vielfach gesünder und leistungsfähiger als in früheren Jahrzehnten. Eine Gesellschaft, in der immer mehr Ältere leben, die gleichzeitig aber nur auf den Faktor Jugend setzt, wird die demographische Herausforderung nicht bewältigen. Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung kann unsere Gesellschaft auf das Können und den Erfahrungsschatz der älteren Generation nicht verzichten.

Unsere Familien stärken

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Lebenswirklichkeit in unserer Gesellschaft stark verändert. Es sind neue Familien- und Partnerschaftsstrukturen mit komplexen Verwandtschafts- und Beziehungsverhältnissen entstanden. Diesen neuen Entwicklungen stellt sich die CDU Brandenburg mit einer zukunftsweisenden Familienpolitik.

Die CDU Brandenburg will, dass wieder mehr Menschen ihren Wunsch, eine Familie mit Kindern zu gründen, in die Realität umsetzen. Kinder machen unser Leben reicher, fröhlicher und glücklicher.

Zur Familie als wichtigste Lebensgemeinschaft gibt es keine Alternative – weder für den Einzelnen noch für die Gesellschaft.

Zukunftsaufgabe Bildung

Auf die Veränderungen im Altersaufbau unserer Bevölkerung werden wir insbesondere mit Konsequenzen im Bildungssystem reagieren. In den Familien und Betreuungseinrichtungen sollen die Begabungen der Kinder frühestmöglich entdeckt und gefördert werden. Unser Bildungssystem muss jedem die faire Chance geben, sich gemäß seinen Fähigkeiten zu entwickeln und in die Gesellschaft einzubringen.

Wir beziehen Bildung nicht nur auf die Schule, sondern werden dafür sorgen, dass sich Menschen lebenslang weiterbilden können. Weiterbildung darf nicht auf Jüngere beschränkt sein, sondern muss auch für über 50-Jährige offen stehen. Es gilt, die Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten der älteren Mitbürger sowie deren soziale Kompetenz zu nutzen.

Unternehmen, die erfolgreich sein wollen, haben sich auf ältere Belegschaften und zunehmende Nachwuchsprobleme, insbesondere im Facharbeiterbereich, einzustellen. Deshalb brauchen wir eine engere Verknüpfung zwischen Schule, Ausbildung und Unternehmen, um Nachwuchs zielgerichtet zu gewinnen. Außerdem brauchen wir Menschen, die länger produktiv tätig sind. Studien- und Ausbildungszeiten müssen hierfür optimiert werden. Darüber hinaus brauchen wir nachhaltige Investitionen in die betriebliche Weiterbildung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Infrastrukturen anpassen

Die Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg verläuft regional sehr unterschiedlich. Wir sehen die daraus resultierenden neuen Anforderungen. Unser Ziel ist es, das Infrastrukturangebot der neuen Siedlungsdynamik und dem Bedarf der sich wandelnden Bevölkerungsstruktur anzupassen. Dies bedeutet das Suchen nach Alternativen, die die Lebensqualität trotz rückläufiger Bevölkerungszahlen erhalten. Hierbei setzen wir auch auf die Eigenverantwortung der Kommunen. Wir sind davon überzeugt, dass bei der aktiven Gestaltung des demographischen Wandels die besten Entscheidungen vor Ort getroffen werden. Deshalb sollen die Kommunen ihre Budgets künftig weniger zweckgebunden und stärker pauschal erhalten, um lokale Schwerpunkte setzen zu können.

Die Maxime von den gleichen Lebensverhältnissen in ganz Brandenburg wird in Folge dieser Entwicklung zu einer differenzierten Betrachtungsweise weiterentwickelt werden müssen. Tatsache ist, dass an die Stelle der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse zunehmend eine unterschiedlich definierte Lebensqualität treten wird, die verstärkt Lösungen vor Ort und Eigeninitiative zulässt und unterschiedliche Standards in Daseinsfürsorge und Verwaltung ermöglicht.

Die CDU Brandenburg will, dass alle Regionen unseres Landes an einer erfolgreichen Entwicklung teilhaben. Die Menschen in den Berlin fernen Regionen haben ebenso wie die Menschen im Berlin nahen Raum ein Anrecht auf ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot, auf ausreichende Arbeitsplatzchancen und eine hohe Lebensqualität. Dazu brauchen sie eine bedarfsorientierte Infrastruktur.

Die Förderung der Kultur als identitätsstiftendes Element, die Entwicklung der ländlichen Räume und der Städte sowie der Ausbau des touristischen und kulturellen Angebots Brandenburgs ermöglichen Perspektiven vor allem für die Menschen in der Prignitz, in der Uckermark, im Oderbruch, im Havelland oder in der Niederlausitz. Die CDU Brandenburg setzt sich dafür ein, dass diese Regionen, die zum Kernbestand unseres Landes gehören, auch in Zukunft lebenswert bleiben.

Verschuldung abbauen – Staat auf Kernaufgaben konzentrieren

Weniger Einwohner und langfristig rückläufige finanzielle Mittelzuweisungen bedeuten für Brandenburg weniger Einnahmen.

Eine Problemlösung auf Kosten der Chancen unserer Kinder und Enkel entspricht nicht unseren Grundwerten. Öffentliche Haushaltsdefizite müssen konsequent abgebaut werden.

Zur Verfügung stehende Mittel müssen nachhaltig und zukunftsweisend verwendet werden. Eine hohe Investitionsquote ist die Grundlage hierfür. Stärker als in der Vergangenheit muss dafür gesorgt werden, dass die Investitionen auf konkrete Wertschöpfung in der Zukunft angelegt sind. Investitionen, die zukünftigen Subventionsbedarf nach sich ziehen, sind inakzeptabel. Ziel der Investitionen muss die Steigerung der Wirtschaftskraft, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entstehung von lang anhaltender Steuerkraft sein.

Die Finanzpolitik der Zukunft steht in der Verantwortung, hierfür auch künftig einen verlässlichen Rahmen zu schaffen. Die Kernaufgaben staatlichen Handelns stellen den Rahmen dar. Nur wenn wir uns auf diese konzentrieren, werden wir auch in Zukunft noch eine handlungsfähige Verwaltung haben.

Generationengerechtigkeit

Gerechtigkeit bedeutet für die CDU Brandenburg auch Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Diese schließt eine generationengerechte Finanzpolitik ein. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte stellt diese Gerechtigkeit ernsthaft in Frage.

Wir plädieren nachdrücklich für eine Politik, die nur das ausgibt, was sie einnimmt. Der ausgeglichene Haushalt muss im Sinne der Zukunftschancen aller – aber insbesondere junger – Menschen zum Standard und zu einem Qualitätsmerkmal in Brandenburg werden. Brandenburg muss seine Konsolidierungsanstrengungen konsequent fortsetzen.

Die CDU Brandenburg setzt sich für ein Schuldenverbot des Landes und dessen Verankerung in der Verfassung des Landes ein. Lediglich zur Abwehr von Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sollen geringe Schuldenaufnahmen erlaubt sein.

Bürgergesellschaft stärken

Der Staat wird seine Aufgaben für die Zukunft neu bestimmen und sich beschränken müssen, um seine Leistungsfähigkeit für Kernaufgaben zu erhalten. Dies setzt eine leistungsfähige Bürgergesellschaft voraus, die über Mittel und Möglichkeiten verfügt, weitere Teile des gesellschaftlichen Lebens eigenständiger zu gestalten als gegenwärtig.

Hierbei stellen die älteren Mitbürger nach der Phase der aktiven Erwerbstätigkeit ein großes, bislang zu wenig genutztes, kreatives Potenzial dar. Die Bürgergesellschaft kann Menschen mit Ideen und mit Zeit zum Umsetzen guter Ideen zusammenführen und gleichzeitig diesen Menschen einen sinnerfüllten und fließenden Übergang ins Alter ermöglichen. Es müssen verstärkt bürgerschaftliche Netzwerke aus generationen- und familienübergreifenden Beziehungen geschaffen werden, um das hohe Maß an sozialer Sicherheit und Geborgenheit in Brandenburg auch künftig erhalten zu können.

Für eine starke Region Berlin-Brandenburg im vereinten Europa

Die Länder Brandenburg und Berlin bilden einen gemeinsamen Kultur- und Wirtschaftsraum mit rund sechs Millionen Einwohnern. Das Zusammengehen beider Länder wird erhebliche Synergieeffekte freisetzen und Berlin-Brandenburg im Standortwettbewerb mit anderen deutschen und osteuropäischen Regionen bestmöglich positionieren.

Ein gemeinsames Land Berlin-Brandenburg vermag es besser, die innere Sicherheit zu gewährleisten und eine erfolgreiche Struktur- und Ansiedlungspolitik zu gestalten. Zudem bietet es zahlreiche weitere Vorteile: Reibungsverluste werden vermieden, Kooperationen weichen teurer Konkurrenz. Ein gemeinsames Land liegt in der Logik der kulturhistorischen Einheit unserer Region.

Unser Ziel ist ein gemeinsames Land Berlin-Brandenburg. Dieses sollte vor einem Fusionstermin für die Menschen bereits Stück für Stück erlebbar geworden sein. Eine Fusion ist für uns nur vorstellbar, wenn sowohl Berlin als auch Brandenburg über belastbare und konsolidierte Länderfinanzen verfügen.

Unsere Politik für Brandenburg

1. Familien stärken und Zukunft sichern

Familie und Kinder sind die Zukunft unseres Landes

Die CDU Brandenburg ist die Partei der Familien. Wir wollen Familien stärken und familienfreundliche Strukturen schaffen. Wir wollen die Menschen in Brandenburg ermutigen, sich für ein Leben in der Familie und für Kinder zu entscheiden.

Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Sie umfasst alle Generationen. Die Generationenbeziehungen zwischen Kindern, Eltern und Großeltern sind heute wichtiger denn je und müssen gestärkt werden. Alle, die Kindern Leben schenken und Familie leben, verdienen Respekt und Anerkennung für die große Verantwortung, die sie übernehmen. Gerade alleinerziehende Mütter und Väter erbringen diese große Leistung, nicht selten unter besonderen Schwierigkeiten, bei denen sie Unterstützung brauchen.

Die Familie ist für uns der Ort, wo grundlegende Überzeugungen weitergegeben, Fähigkeiten erworben und Werte vermittelt werden, die sich aus dem christlichen Verständnis vom Menschen ergeben – seiner unveräußerlichen Würde und seiner Bezogenheit auf den Nächsten. Sie ist und bleibt der wichtigste Platz, an dem Kinder um ihrer selbst willen angenommen werden, Geborgenheit und Liebe, Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft, Toleranz und Respekt lernen und erfahren.

Der Schlüssel für eine zukunftsfähige Familienpolitik ist die Schaffung eines familienfreundlichen Klimas und die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation in Brandenburg. Wir wollen, dass kein Kind in Armut lebt. Kinder benötigen zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit Freiräume, ebenso wie gute Bildung und Erziehung. Diese Grundeinstellung wollen wir fördern und im Bewusstsein der Menschen noch stärker verankern.

Der Grundpfeiler unserer Familienpolitik ist und bleibt die Wahlfreiheit. Die Menschen sollen selbst entscheiden, wie sie leben möchten – nicht der Staat. Wir wollen, dass Väter und Mütter eigenverantwortlich entscheiden können, wie sie gemeinsam in unterschiedlichen Familienphasen für das Familieneinkommen und die Kindererziehung Sorge tragen.

Recht und Pflicht zur Erziehung der Kinder liegen in erster Linie bei den Eltern. Der Staat kann und soll die Erziehungsleistung der Eltern nicht ersetzen. Gerade in der ersten Lebensphase benötigen Kinder eine besonders intensive Zuwendung ihrer Eltern. Über das Elternhaus hinaus sind Kindertagesstätte, Tagespflegeeinrichtung und Schule gefordert, Kindern Werte und Normen unserer Gesellschaftsordnung zu vermitteln. Nur so ist es ihnen möglich, einerseits Selbstvertrauen zu erwerben und andererseits Denken und Handeln anderer zu werten und zu tolerieren. Für notwendig erachten wir eine Erziehung, die sich an der Würde des Menschen, dem christlichen Menschenbild, der Rechtsstaatlichkeit und dem Grundgesetz orientiert.

Wir wollen Brandenburg zu einem Land machen, in dem das Leben mit Kindern selbstverständlich ist. Wir wissen, dass keine staatliche Leistung die Lebensfreude, den Lebenssinn und das Glück, das Kinder schaffen, ersetzen kann. Aber der Staat muss durch eine nachhaltige Familienpolitik die Rahmenbedingungen so verbessern, dass das Verhältnis zwischen Berufswelt und Familie stimmt.

Familienförderung ist nach unserem Verständnis keine soziale Wohltat, sondern ein gerechter Ausgleich für die enormen Leistungen, die die Familien erbringen. Indem sie Wahlmöglichkeiten eröffnet, wo materielle Zwänge herrschen, kommt sie den Kindern zugute und trägt zugleich zur Stärkung von familiärer Verantwortung bei.

Ehe und Familie stärken

Wir Christdemokraten sehen in der Familie die wichtigste Form menschlichen Zusammenlebens. Sie ist die Keimzelle, aus der heraus eine menschliche Gesellschaft wächst und gedeiht. Ohne Familien hat unser Land keine Zukunft.

In der auf Dauer angelegten Ehe von Mann und Frau sehen wir die beste und verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie und die beste Voraussetzung für stabile Familienstrukturen. In der Ehe kommt die gemeinsame Verantwortung von Vätern und Müttern für ihre Kinder verbindlich zum Ausdruck. Auch deshalb steht die Ehe unter dem gut begründeten besonderen Schutz unserer Verfassungsordnung.

Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen. Auch in diesen Beziehungen werden Werte gelebt, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind. Dies darf jedoch nicht bedeuten und dazu führen, dass der soziale und rechtliche Vorrang der Ehe beeinträchtigt wird. Staat und Gesellschaft haben den Auftrag, die Familie als Lebensgemeinschaft zu fördern.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Frauen und Männer dürfen nicht vor die Alternative „Kinder oder Beruf“ gestellt werden. Die Aufgabenverteilung innerhalb einer Familie hängt von den konkreten Lebensumständen ab und lässt sich nicht für alle Familien gleich beantworten. Beides muss möglich sein. Daher brauchen wir in Brandenburg ein aufeinander abgestimmtes, bedarfsgerechtes Netz an Betreuungsinfrastruktur. Die Entscheidung für ein Kind darf nicht das Aus für eine Ausbildung oder die berufliche Entwicklung bedeuten. Wir brauchen familiengerechte Arbeitsplätze und nicht arbeitsplatzgerechte Familien. Unternehmen und Tarifpartner sind aufgefordert, sich an diesem Ziel zu messen. Betriebliche Familienförderung liegt auch im Interesse der Unternehmen selbst, um dem drohenden Fachkräftemangel im Land Brandenburg entgegenzuwirken.

Brandenburg hat eine der höchsten Frauenerwerbsquoten in Deutschland. Viele Frauen wollen oder müssen ihren Beruf aus finanziellen Gründen auch nach der Geburt eines Kindes weiter ausüben. Viele Familien in Brandenburg sind darauf angewiesen, dass beide Elternteile erwerbstätig sind und zum Familieneinkommen beitragen.

Die CDU bekennt sich zur Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten und durch Tagesmütter. Wir setzen uns für den Ausbau und die qualitative Verbesserung der Tagespflege sowie der wirtschaftlichen und rechtlichen Situation der Tagesmütter ein.

Der Versorgungsgrad mit Betreuungsplätzen für Kinder liegt in Brandenburg im europäischen und deutschen Spitzenfeld. Das gut ausgebaute Netz an Betreuungsangeboten wollen wir dem Bedarf entsprechend erhalten und qualitativ weiter verbessern. Ein Rechtsanspruch für die Betreuung der Kinder in den genannten Einrichtungen muss erhalten bleiben. Notwendig sind darüber hinaus Maßnahmen zur Erhöhung der zeitlichen Flexibilität der Kinderbetreuungseinrichtungen. Für die CDU steht die Verbesserung der Bildungsförderung und Betreuungsqualität in Brandenburg an vorderster Stelle.

Für einen besseren Schutz unserer Kinder und des ungeborenen Lebens

Die CDU Brandenburg misst dem Schutz der Kinder eine herausragende Bedeutung zu.

Um den Schutz der Kinder zuverlässig zu gewährleisten, bedarf es einer engen Vernetzung aller Verantwortlichen – vor allem Eltern, Jugendamt, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schule, Ärzte, Polizei, Justiz und nicht zuletzt der Wachsamkeit aller Bürger. Die Jugendhilfe muss so organisiert sein, dass sie ein Hilfsinstrument für die Familien ist, die mit der Erziehung ihrer Kinder Schwierigkeiten haben. Verhaltensauffälligkeiten müssen frühzeitig erkannt werden und entsprechendes Handeln nach sich ziehen. Die aufsuchende Familienhilfe ist sach- und bedarfsgerecht zu organisieren. Pflegefamilien müssen für ihre Aufgabe umfassend vorbereitet werden und bedürfen individueller Beratung, Betreuung und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie der gesellschaftlichen Anerkennung.

Die CDU Brandenburg spricht sich für verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen für Kinder aus. Durch diese sollen Kinder bereits im frühkindlichen Stadium besser vor Vernachlässigungen und Misshandlungen geschützt werden.

Der schwerwiegenden Gefahr für Kinder und Jugendliche durch illegale Drogen sowie Alkohol- und Zigarettenkonsum wollen wir durch geeignete präventive Angebote und durch eine wirksame Durchsetzung der bestehenden Jugendschutzgesetze begegnen.

Ein angemessener Kinder- und Jugendschutz ist zu gewährleisten. Neben der Wahrnehmung des Erziehungsauftrages durch die Eltern im Umgang mit den elektronischen Medien setzen wir uns für eine qualifizierte Medienerziehung bereits im Kindergarten ein, die in der Schule fortgesetzt werden muss.

Dort, wo Eltern ihrer Erziehungsverantwortung nicht hinreichend nachkommen oder nachkommen können, müssen deren Kompetenz und Erziehungsfähigkeit gestärkt und ergänzt werden. Dort wo dieses nicht oder nicht mehr möglich ist, sind staatliche Einrichtungen gefordert. Der Rechtsstaat ist gefordert einzuschreiten, wenn Eltern ihren Erziehungsauftrag vernachlässigen.

Der Rechtsstaat ist in besonderer Weise gefordert, wenn Kinder entführt, missbraucht oder getötet werden. Wer sich an Kindern vergreift, muss die volle Härte des Gesetzes erfahren. Vor dauerhaft gefährlichen Straftätern müssen die Bürger auch dauerhaft geschützt werden.

Wir stellen uns der Herausforderung, die Familien durch Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zu entlasten, ohne sie von ihrer erzieherischen Verantwortung zu entbinden. Kinder- und Jugendarbeit muss motivieren, vielseitig sein, Perspektiven aufzeigen, Interessen wecken und eigenes Engagement einfordern. Eigener Einsatz und die Übernahme von Verantwortung vermitteln das Gefühl, gebraucht zu werden – die beste Vorbeugung gegen Extremismus und Gewaltbereitschaft.

Wir wissen, dass immer noch junge Mädchen und Frauen trotz guter Aufklärungsarbeit ungewollt schwanger werden. Wir unterstützen ausdrücklich die Konfliktberatungsstellen. Für Frauen in besonderen Konfliktsituationen muss eine Möglichkeit geschaffen werden, in medizinischer Versorgung entbinden zu können. Deshalb setzt sich die CDU Brandenburg für die Einführung der Möglichkeit der anonymen Geburt in allen Krankenhäusern mit Entbindungsstationen ein.

Unsere Kinder sind das Beste, was wir haben. Darum verstehen wir unsere Familienpolitik immer auch als Beitrag zum Schutz ungeborener Kinder. Unser Ziel bleibt die Vermeidung von Schwangerschaftsabbrüchen. Insbesondere gilt es, die Anzahl der Spätabtreibungen zu reduzieren.

2. Erziehung und Bildung verbessern

Bildung für unsere Kinder – für ein selbstbestimmtes Leben

Wir wollen und müssen unsere Kinder und Jugendlichen auf ein selbst bestimmtes Leben vorbereiten. Dazu gehört auch die Verantwortung der Menschen füreinander.

Praktische und theoretische Begabung verdienen gleichermaßen Anerkennung und Förderung. Wir wenden uns gegen jede Form von Gleichmacherei. Kinder und Jugendliche brauchen vielfältige Bildungsangebote, damit sie entsprechend ihren Begabungen erfolgreich sein können.

Leistung muss sich lohnen und gesellschaftliche Anerkennung finden. Die Schule muss Bildung ergebnis- und wertorientiert vermitteln. Das Abfordern von Leistung ist ein zentrales Anliegen pädagogischen Handelns und wichtig für die Entwicklung des Kindes. Kinder und Jugendliche wollen stolz sein auf ihre Leistungen – auch in der Schule.

Wir treten für verbindliche Bildungsinhalte und Bildungsziele ein. Zur Sicherung der Qualität müssen Ergebnisse vergleichbar sein. Die Qualitätsstandards in Brandenburg müssen sich an den bildungspolitisch erfolgreichen Ländern orientieren.

Eine Unterrichtsgarantie muss stets gewährleistet sein. Es muss sichergestellt werden, dass Fachunterricht grundsätzlich durch Fachlehrer erteilt wird.

Schulen sollen mehr Selbstständigkeit erhalten. Durch größeren Freiraum bei Personalauswahl und der Einführung von Budgets für Sachmittel können die Schulen ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag besser erfüllen.

Wir wollen möglichst wohnortnahe Schulen. Klassenstärken dürfen nicht das alleinige Kriterium für Schulschließungen sein. Zur Vermeidung unverträglich langer Schulwege setzen wir uns im Bereich der Sekundarstufe I für die Genehmigung einzügiger Schulen ein.

Vielfalt und Wettbewerb in der Schullandschaft sind Voraussetzungen für individuelle Lernerfolge. Wir unterstützen deshalb die Schulen in freier Trägerschaft. Wir befürworten die Einrichtung weiterführender Schulen, die jeweils Mädchen und Jungen getrennt unterrichten.

Unsere Gesellschaft ist auf Menschen angewiesen, die besonders leistungsfähig und begabt sind. Die CDU Brandenburg bekennt sich zur Eliteförderung. Die gezielte Förderung von Hochbegabten und Beratung der Eltern ist ebenso wichtig wie die Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher.

Die Persönlichkeitsentwicklung und soziale Entfaltung unserer Kinder ist ein weiteres wesentliches Element während der schulischen Ausbildung. Durch die Einführung von Schulkleidung kann soziale Ausgrenzung verhindert und die Identifikation mit der eigenen Schule gestärkt werden.

Um die Qualität von Unterricht und Erziehung zu verbessern, leisten die Lehrerinnen und Lehrer einen entscheidenden Beitrag. Die Schule braucht einen ausgewogenen Anteil von Lehrerinnen und Lehrern ebenso wie jungen und erfahrenen Pädagogen. Das Land muss durch eine langfristige Lehrerbedarfsplanung für ausreichend Fachkräfte im Interesse der schulischen Qualität für unsere Kinder sorgen.

Verrohung und Gewalt auf Schulhöfen muss gezielt begegnet werden und die Zusammenarbeit zwischen Schule, Eltern und Polizei verbessert werden. Hierzu bedarf es auch einer rechtlichen Stärkung der Autorität von Schulleitungen und Lehrern.

Junge Menschen müssen auf ihre zukünftige erzieherische Verantwortung in der Familie auch in der Schule vorbereitet werden. Ein Unterrichtsfach, das Werte, Normen und Verhaltensweisen zum Gegenstand hat, ist dafür unverzichtbar. Einen besonderen Beitrag kann dazu das ordentliche Unterrichtsfach Religion leisten.

Frühkindliche Bildung und Erziehung qualitativ verbessern

Die frühkindliche Bildung und Erziehung legt die Grundlage für den Wissenserwerb, das Entwickeln von Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die Aneignung von Verhaltensnormen. Dabei spielt das Elternhaus die entscheidende Rolle. Eine intensive frühkindliche Bildung sorgt dafür, dass Defizite frühzeitig erkannt und durch gezielte Förderung behoben werden können.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulreife von Kindern insbesondere während des letzten Kindergartenjahres durch gezielte Fördermaßnahmen verbessert wird. Im Mittelpunkt der frühkindlichen Bildung und Erziehung muss die Stärkung der Grundkompetenzen stehen. Kinder müssen früher, individueller und intensiver gefördert werden als bisher. Ihre Persönlichkeit ist zu stärken, ihre geistigen Fähigkeiten sind zu entwickeln, ihre Eigenständigkeit und Kompetenz, ihre Kreativität und Entdeckerlust zu unterstützen. Die Qualität durch bessere Aus- und Weiterbildung der Erzieher; durch zentrale Bildungspläne; die Verbesserung der Sprachförderung; eine bessere Vernetzung von Kindertagesstätte, Schule und Hort; die zentrale Gestaltung der Vorschule und die enge Zusammenarbeit mit den Eltern muss erhöht werden.

Vor der Aufnahme in eine Kindereinrichtung müssen alle verpflichtenden kinderärztlichen Untersuchungen stehen.

Unser Ziel ist es, Eltern von den Kosten der Erziehung zu entlasten.

Um neue Maßstäbe in der Bildungsförderung und Betreuungsqualität in Brandenburg zu setzen, führt kein Weg daran vorbei, verstärkt in die frühkindliche Bildung zu investieren. Deshalb fordert die CDU Brandenburg die Einführung eines mit Bildungsauftrag ausgestatteten, verpflichtenden und beitragsfreien letzten Kindergartenjahres als Vorschuljahr für alle Kinder als künftig erste Stufe im Bildungssystem.

Wir machen Schule richtig

Die Grundschule muss durch gezieltes Fördern und Fordern so auf die Lernentwicklung einwirken, dass alle Schüler ihre Fähigkeiten optimal entwickeln. Dazu gehört die Leistungsbenotung ab Klasse 1. Die Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben, Rechnen sind wesentliche Elemente, die an der Schule zu vermitteln sind, denn sie stellen das entscheidende Fundament für das weiterführende schulische Lernen und das Leben dar. Die Bildungsziele sind auf die Klassenstufen bezogen zu definieren.

Erfolgreiches Lernen in der Schule setzt ein gutes Lernklima voraus. Deshalb muss die Grundschule für die Vermittlung der Regeln und Normen menschlichen Zusammenlebens Sorge tragen. Auch im Hort ist zu Ordnung, Fleiß, Lernbereitschaft, Hilfsbereitschaft und Toleranz gegenüber den Mitmenschen zu erziehen. So werden Verhaltensregeln geübt, die für das Zusammenleben nötig sind. Für die Erziehung leisten Kopfnote einen wichtigen Beitrag.

Beginnend mit der Grundschule ist ein Ganztagsangebot dringend erforderlich. Die bewährte enge Kooperation zwischen Schule und Hort bildet dafür ein praktikables Fundament. Wir setzen uns dafür ein, dass zur Ausprägung eines gesunden Lebensstils insbesondere in Kindertagesstätten sowie an Grundschulen gesundes Essen angeboten wird.

Die Oberschule und das Gymnasium bilden in Brandenburg die zentralen Stützen des weiterführenden Bildungssystems im Bereich der Sekundarstufe I. Leistung und Eignung sind die Voraussetzungen für den Besuch einer Schulform. Leistungs- und Begabungsklassen führen leistungsfähige Schüler bereits von der Klasse 5 an zum Abitur. Wir wollen diese bedarfsgerecht ausbauen.

Für jede Schulform in der Sekundarstufe I sind gesonderte Lehrpläne erforderlich. Die Stundentafeln müssen sich auch an den Erfordernissen der weiterführenden Bildungseinrichtungen und der Wirtschaft orientieren. Für den Hauptschulbildungsgang der Oberschule soll es begabungsgerechte praktische Angebote geben. Zudem müssen die absolvierten Praxisbestandteile Berücksichtigung auf den Abschlusszeugnissen finden.

Der Unterricht im Klassenverband ist notwendig für den Bildungserfolg. Der Unterricht in Kursen ist für den Wahlpflichtbereich, für besondere Förderangebote, zum Beispiel für Lernschwache oder besonders Begabte, geeignet.

Die CDU steht für das flächendeckende Abitur nach 12 erfolgreichen Schuljahren. Schüler, die die gymnasiale Oberstufe besuchen wollen, müssen über die dafür nötige Eignung verfügen. Wir sind für zentrale und leistungsgerechte Übergangsregelungen zur gymnasialen Oberstufe, die ein erfolgreiches Abitur gewährleisten.

Zur Sicherung der Durchlässigkeit des Schulsystems werden wir uns dafür einsetzen, dass neben dem zwölfjährigen Abitur an Gymnasien auch in 13 Schuljahren das Abitur abgelegt werden kann. Diese Möglichkeit wird an Oberstufenzentren angeboten, weil dadurch sichergestellt werden kann, dass in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt beide Wege zum Abitur vorgehalten werden.

Der Unterricht im Klassenverband mit verbindlicher Stundentafel soll Regelfall in der Abiturstufe sein. Die Abwahlmöglichkeiten, die zu einem nicht vergleichbaren Abitur führen, sind weitestgehend einzuschränken und Spezialisierung zu Lasten der Allgemeinbildung zu vermeiden. Spezialklassen können eingerichtet werden, ohne das Ziel der allgemeinen Hochschulreife aus dem Blick zu verlieren. Die zentralen Prüfungen sollen auf alle schriftlich zu prüfenden Fächer ausgedehnt werden.

Die Kooperation mit der Wirtschaft und den Hochschulen ist fortzuentwickeln. Eine kompetente Studienberatung zeigt künftigen Abiturienten frühzeitig die Möglichkeiten und Chancen eines Hochschulstudiums auf.

Nach unserem Menschenbild ist jedes Kind wichtig. Die CDU Brandenburg bekennt sich deshalb zu Förderschulen, denn sie leisten einen wertvollen Beitrag für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf. Hierzu gehört, die Angebote im Förderschul- sowie im integrativen Bereich zu verbessern. Für den gewünschten Lernerfolg muss ein entsprechender Unterricht von Klasse 1 bis 10 abgesichert werden. Nicht immer gelingt es Eltern und der Schule allein, die spezifischen erzieherischen Probleme zu bewältigen. Für diese Schüler sind daher Förderschulen für Erziehungshilfe einzurichten. Um die fachliche Arbeit im Bereich der sonderpädagogischen Kompetenzen in diesen Schulen zu verbessern, fordern wir eine bedarfsgerechte Ausbildung von Sonderpädagogen.

Duale berufliche Ausbildung stärken

Der Wandel in eine Wissens- und Informationsgesellschaft verlangt neue Wege in der beruflichen Bildung. Jungen Menschen muss entsprechend ihrer Leistungen und Begabungen die Möglichkeit einer qualitativ hochwertigen beruflichen Ausbildung eingeräumt werden. Dazu bedarf es einer generellen Aufwertung der beruflichen Ausbildung. Unternehmen, die ausbilden, müssen entsprechend unterstützt und gefördert werden. Ausbildungsverbünde müssen ebenfalls gestärkt und ausgebaut werden.

Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt. Es muss jedoch verstärkt auf die Bedürfnisse der Unternehmen sowie auf flexible Ausbildungszeiten ausgerichtet werden.

Betriebspraktika und Berufsberatung sollen in allen Oberschulen und Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe obligatorisch werden. Sie fördern das Verständnis der Schüler für die Arbeitswelt und helfen ihnen bei der Berufsfindung.

Die Berufsschule ist in unterschiedlichen, am Leistungsniveau der Berufsschüler orientierte Klassen zu organisieren. Neben der Stärkung der Informationsrechte für Eltern von Schülerinnen und Schülern an einer Berufsschule ist auch der Informationsanspruch für den Ausbildungsbetrieb zu sichern. Die Berufsschule muss eine Aufwertung dadurch erfahren, dass die schulischen Noten gleichberechtigt Bestandteil der Abschlusszeugnisse werden. Es ist darauf hinzuwirken, dass Schulen und Ausbildungsbetriebe in die Erarbeitung der zentralen Prüfungsinhalte einbezogen werden.

Die Berufsausbildung hat sich verstärkt auf notwendige Spezialisierungen einzustellen, die im Berufsbild erforderlich sind. Bei Bedarf sind zusätzliche Fachklassen zu bilden. Die Ausbildungszeit ist dann zu verkürzen, wenn die Leistungen der Auszubildenden dies rechtfertigen oder wenn es das Berufsbild zulässt.

Lebenslanges Lernen – ein Schlüssel für unsere Zukunft

Wenn Menschen länger leben und arbeiten, ist es ein Gebot ökonomischer und sozialer Vernunft, in allen Phasen des Lebens neue Kompetenzen zu erwerben.

Berufliche Fort- und Weiterbildung wird in unserer Wissensgesellschaft immer wichtiger. Deshalb muss die Weiterbildung als wichtiges Wettbewerbselement der Profilbildung und Angebot an die Wirtschaft an den Bildungseinrichtungen – insbesondere den Hochschulen – ausgebaut werden. Ebenso ist die Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen, Universitäten und Fachhochschulen auszubauen.

3. Wachstum fördern und Arbeitsplätze schaffen

Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft bezieht ihre Stärke daraus, dass Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Solidarität eine Einheit bilden und einander fördern. Sie ist die untrennbare Verbindung von freiheitlicher Wirtschafts- und solidarischer Sozialordnung. Leistung und Leistungsbereitschaft sind wesentliche Grundlagen für Wohlstand und sozialen Frieden in unserem Land.

Die Soziale Marktwirtschaft ist sozial, weil sie den Menschen die Möglichkeit gibt, ihrer Bestimmung zur Selbständigkeit gemäß zu leben und für sich und ihre Familien selbst zu sorgen. Sie ist sozial, weil sie die Kräfte der Einzelnen in ein gesellschaftliches Zusammenwirken führt. Sie ist sozial, weil sie die Solidarität, auf der unsere staatlich organisierten Systeme der sozialen Sicherung beruhen, ökonomisch ermöglicht. Soziale Marktwirtschaft bedeutet Teilhabe auch für die, die sie sich nicht aus eigener Kraft erarbeiten können. So verwirklicht sie soziale Gerechtigkeit.

Unternehmer sind mit ihrer Kreativität und Leistungsbereitschaft eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft. Für den Erfolg Brandenburgs ist es wichtig, dass Menschen bereit sind, ein Unternehmen zu gründen, Risiken zu übernehmen und als Unternehmer Verantwortung für sich und andere Menschen zu tragen. Die ganze Gesellschaft profitiert von Unternehmen, die produktiv arbeiten und Gewinne erzielen.

Unternehmensgründern muss der Weg in die Selbstständigkeit erleichtert werden. Besonderes Augenmerk muss in diesem Zusammenhang auf die erfolgreiche Übernahme und Weiterführung bestehender Unternehmen durch die nachfolgende Generation gerichtet werden.

Wirtschaftskraft Brandenburg – Arbeit und Wohlstand für alle

Ziel der CDU Brandenburg sind sichere und zukunftsfähige Arbeits- und Ausbildungsplätze. Diese sind die Voraussetzung dafür, dass die Menschen gesichert und in Wohlstand leben können und die Abwanderung insbesondere von jungen gut ausgebildeten Frauen gestoppt wird. Jeder in unserem Land wird gebraucht!

Grundlage für mehr Beschäftigung ist wirtschaftliches Wachstum. Hierfür müssen die richtigen Anreize und Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Die Förder- und Ansiedlungspolitik sowie der Ausbau der Infrastruktur müssen weiterhin zielgenau auf die Stärkung vorhandener Potenziale ausgerichtet werden und insbesondere den mittelständischen Strukturen Rechnung tragen. Die Förderung ist auf Kompetenzfelder zu konzentrieren, damit die starken Branchen sich positiv weiterentwickeln und positive Ausstrahleffekte in alle Regionen des Landes entfalten können.

Brandenburg muss es gelingen, seine wichtige Brückenfunktion bei der Integration europäischer Märkte wahrzunehmen. Besondere Bedeutung für Brandenburg hat der Export in die Europäische Union, allen voran ins Nachbarland Polen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen müssen bei ihren Markterschließungsaktivitäten im Ausland unterstützt werden.

Bürokratie abbauen – Wachstum fördern

Der Abbau bürokratischer Hemmnisse sowie eine konsequente Deregulierung sind Markenzeichen unserer Politik. Wir wollen die Bürokratie insbesondere dort stoppen, wo sie die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen blockiert und die Bürger unnötig belastet.

Die Wirtschaft braucht mehr Freiräume und mehr genehmigungsfreie Vorhaben. Investitionen müssen erleichtert werden. Existenzgründer sollen sämtliche Gründungsaktivitäten und alle dazu erforderlichen Genehmigungsverfahren über eine Anlaufstelle abwickeln können.

Um die Kostentransparenz für Verwaltungshandeln zu verbessern, muss Brandenburg den begonnenen Weg zur Messung von Bürokratiekosten (Standard-Kosten-Modell) konsequent fortsetzen. Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren müssen zeitlich verkürzt und moderne Kommunikations- und Informationsdienstleistungen weiter ausgebaut werden. Alle Brandenburger Gesetze und Verordnungen sollen stets aktuell über das Internet abrufbar sein. Die Gesetzessprache soll kurz, klar und verständlich sein.

Die Anzahl der Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften muss drastisch reduziert werden und diese Vorschriften sind außer in einzelnen begründeten Ausnahmefällen zu befristen.

In allen Gesetzen und Verordnungen, die im Rahmen eines Investitionsverfahrens zu beachten sind, sollen Genehmigungsvorbehalte – wo immer möglich – abgebaut und Verfahren gestrafft werden. Auch kommunale Satzungen sind von überflüssigen und investitionshemmenden Vorschriften zu befreien. Maxime der Verwaltung auf allen Ebenen soll sein: Weg vom Verwalter – hin zum Dienstleister.

Im Bund und in der Europäischen Union müssen Bürokratieabbau und Deregulierung vorangetrieben werden. Alle Vorgaben des Landesrechts mit Standards über dem Bundes- und Europeaniveau müssen auf ihre Vereinbarkeit mit wirtschaftlichem Wachstum geprüft – und bei Unvereinbarkeit – abgesenkt werden. Ziel muss sein, die Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und die Standards, die über Bundes- oder EU-Recht liegen und die Entwicklung in unserem Land behindern, abzuschaffen.

Handwerk und Mittelstand sind Motor der Entwicklung

Kleine und mittelständische Unternehmen sind die Stützen unserer Wirtschaft. Zusammen mit dem Handwerk stellen sie nahezu 80 Prozent der Arbeitsplätze und 70 bis 80 Prozent der Ausbildungsplätze zur Verfügung. Ihnen gilt unser besonderes Augenmerk.

Eine gute Wirtschaftspolitik legt Wert auf einen gesunden Mix von Großunternehmen und Mittelstand. Mittelstandspolitik wiederum verlangt einen klaren „Mittelstandsbegriff“, in dem sich Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen wiederfinden. Sie muss sich maßgeblich auf diese Klientel ausrichten.

Förderpolitik muss das Ziel haben, eine selbsttragende Wirtschaftsstruktur zu etablieren, strukturelle Nachteile auszugleichen, Investitionen, Innovationen und Existenzgründungen zu fördern und zu begünstigen. Dadurch sollen sowohl neue Märkte erschlossen als auch bestehende wirtschaftliche Strukturen erhalten, stabilisiert und weiterentwickelt werden.

Kleine und mittelständische Unternehmen müssen bei der Eigenkapitalbildung unterstützt werden und von unternehmensfremden Aufgaben entlastet werden.

Zahlungsmoral verbessern – Vergaberecht mittelstandsfreundlich gestalten

Vielen Unternehmen gehen erhebliche Gelder durch Zahlungsausfälle verloren. Oft sind Zahlungsschwierigkeiten, Insolvenzen oder gar das endgültige Aus eines Unternehmens die Folge. Nicht nur, dass Unternehmer und Mitarbeiter auf ihren verdienten Lohn verzichten müssen, sie verlieren oft durch ausbleibende Zahlungen ihre berufliche Existenz.

Es ist daher erforderlich, gerade auch bei der öffentlichen Hand, Kontrollmechanismen einzuführen, die eine Zahlung von Forderungen erwirken können. Bestehende bundesgesetzliche Regelungen müssen zur effektiveren Sicherung von Forderungen verbessert werden. Wer Recht bekommen hat, muss sein Recht auch durchsetzen können. Darum wollen wir, dass zivilrechtliche Ansprüche zeitnah durchsetzbar sind.

Öffentliche Aufträge sind ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Bis zu 30 Prozent des regionalen Bruttoinlandsproduktes werden durch öffentliche Aufträge ausgelöst. Diese Aufträge sollen nach einem kontrollierten, aber auch sachgerechten und transparenten Verfahren im Wettbewerb vergeben werden.

Öffentliche Auftraggeber müssen ermutigt werden, ihre Ermessensspielräume im Sinne einer mittelstandsfreundlichen Auftragsvergabe zu nutzen. Sie dürfen sich nicht genötigt fühlen, immer nur den billigsten Anbieter nehmen zu müssen.

Mehr Arbeitsplätze durch Technologie und Innovation

Die Wettbewerbsfähigkeit Brandenburgs hängt wesentlich von seiner Innovationsfähigkeit ab. Innovation ist der Schlüssel zu künftigem Wohlstand und sozialer Tragfähigkeit. Unternehmen, die auf Innovation setzen, wachsen und schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze.

Die CDU Brandenburg legt besonderes Augenmerk darauf, die Faszination neuer Technologien und Innovationen sowie die Motorwirkung von Forschung und Entwicklung für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt zu vermitteln und zu begründen. Wissenschaftlern und innovativen Unternehmen gilt es, für ihre Arbeit Rückhalt zu geben und Anerkennung zu zollen.

Die CDU ist neuen Technologien offen und aufgeschlossen. Wir bekennen uns klar zu den Chancen von Forschung und Entwicklung. Es gibt nicht nur ein Risiko etwas zu tun, sondern vielmehr auch ein Risiko etwas zu unterlassen. Hierzu ist eine breite Aufklärungsarbeit notwendig.

Wir bekennen uns zur Förderung und Entwicklung von Spitzentechnologien, wie der Bio- und Gentechnologie. Gerade in diesen Bereichen liegt ein Stück Zukunft unseres Landes. Wir verstehen Innovationspolitik als Querschnittsaufgabe.

Die grüne Biotechnologie ist eine weltweit praktizierte Innovationstechnologie und Normalität. Durch sie entstehen keine neuen Arten, sondern nur neue Eigenschaften. Deutschland, als führende Nation in dieser Technologie, darf seine Chancen hier nicht verspielen. Bei allen vielfältigen Möglichkeiten muss jedoch ein ethisch verantwortlicher Umgang mit einer entsprechenden Risikobewertung Maxime des Handelns sein. Angesichts von weltweit über 10 Millionen Hungertoden pro Jahr wäre eine Ablehnung der grünen Gentechnologie in höchstem Maße unchristlich und unmoralisch.

Infrastrukturpolitik – Wir bringen Wachstum auf den Weg

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine entscheidende Voraussetzung für die positive wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Nationale und internationale Studien belegen, dass die Verkehrsanbindung einer Region einer der entscheidenden Faktoren für Unternehmen bei Standortentscheidungen ist. Der Ausbaugrad der Verkehrsinfrastruktur ist aber auch wichtig für die notwendige Mobilität unserer Bevölkerung.

Wir treten für den schnellen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Land Brandenburg ein. Wir wollen, dass die bestehende Lücke im Bereich der Verkehrsinfrastruktur – insbesondere im Straßenbau – schnellstmöglich geschlossen wird. Angesichts knapper öffentlicher Kassen müssen dazu auch neue Finanzierungsinstrumente, wie die private (Vor)Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen, genutzt werden.

Die Mobilität der Bevölkerung gehört für uns zur Daseinsvorsorge und muss von daher in der gesamten Fläche des Landes gewährleistet werden. Wir setzen uns für einen attraktiven und leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr ein. Dazu gehört insbesondere die leistungsfähige Anbindung der strukturschwachen ländlichen Regionen an die Wachstumsregionen in unserem, aber auch in den benachbarten Bundesländern. Wir treten für ein abgestimmtes, bedarfsgerechtes Verkehrsangebot aller Träger öffentlicher Verkehrsleistungen ein, um so die Effektivität eingesetzter öffentlicher Mittel zu erhöhen und den Anspruch an Mobilität unserer Bürger besser als bisher zu gewährleisten. Aufgrund der demographischen Entwicklung in Brandenburg gilt es, sinnvolle Prioritäten zu setzen.

Der Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) ist das wichtigste Infrastrukturprojekt unseres Landes und eines der Schlüsselprojekte zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region Berlin-Brandenburg. Der BBI ist mehr als ein Verkehrsinfrastrukturprojekt. Er ist ein wirtschaftlicher Wachstumsmotor für die gesamte Region.

Die Wasserstraßen sind ein wichtiger Teil des Verkehrssystems im Land Brandenburg. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Wasserverkehrs zu erhöhen, ist der zügige Ausbau der Wasserwege voranzutreiben. Wir wollen den Wassertourismus in Brandenburg ausbauen und damit neue Zielgruppen für den Tourismus im Land erschließen. Die Tourismuswirtschaft spielt für Brandenburg gerade im ländlichen Raum eine wichtige Rolle.

Die CDU Brandenburg macht sich dafür stark, die Bemühungen des Infrastrukturausbaus im Land auf die Anforderungen dieses Jahrhunderts und die Wissensgesellschaft auszurichten. In vielen Branchenfeldern hat sich die Kommunikationsinfrastruktur zum Schlüssel für Standortentscheidungen entwickelt. Viele neue Arbeitsplätze, Teile der Bildungschancen unserer Jugend aber auch die Nutzung vieler innovativer Dienstleistungen sind mit dem Vorhandensein von den notwendigen Netzstandards verbunden. Die dünne Besiedelung Brandenburgs darf nicht als langfristiger Nachteil und als Grund für einen schlechten Ausbaustand akzeptiert werden.

Arbeitsmarktpolitik: Neue Impulse für mehr Beschäftigung

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bedarf es einer Politik, die konsequent auf mehr Spielräume für Beschäftigung in Unternehmen und weniger staatlichen Dirigismus setzt. Eine Deregulierung des Arbeitsmarktes ist dringend erforderlich. Initiativen, die dieses Ziel verfolgen, werden wir konsequent unterstützen.

Wir wollen, dass insbesondere nicht oder gering Qualifizierte wieder mehr Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt finden. Hierfür müssen geeignete Modelle entwickelt werden, die sowohl die Aufnahme einfacher Arbeiten durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und Sozialleistung ermöglichen, als auch die Betriebe in die Lage versetzen, zusätzliche Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten neu zu schaffen. Es ist für den Staat sinnvoller, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Den Menschen, die Arbeit suchen, wollen wir mit einer Verbesserung der Arbeitsvermittlung helfen. Unser besonderer Einsatz gilt hierbei jugendlichen Arbeitslosen und der Verbesserung der Beschäftigungschancen für ältere Arbeitnehmer. Leistung muss sich lohnen. Es entspricht dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit, dass man, wenn man arbeitet, mehr hat, als wenn man nicht arbeitet.

Löhne und Gehälter sind Einkommen für die Beschäftigten und damit Grundlage für persönliche Lebensplanung und Lebensgestaltung. Sie müssen fair und marktgerecht gestaltet werden. Zugleich sind sie aber auch der größte Kostenfaktor für die Betriebe. Daher soll sich die Lohn- und Gehaltsentwicklung an der Produktivitätsentwicklung in der jeweiligen Branche orientieren. Betriebliche sowie regional abgestimmte Vereinbarungen haben für uns Vorrang vor Flächentarifen. Lohndumping, illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit gilt es, entschieden zu bekämpfen. Die Lohnpolitik ist Sache der Tarifpartner.

Die Einführung flächendeckender Mindestlöhne lehnen wir entschieden ab. Sie vernichten Arbeitsplätze und erschweren insbesondere die Integration der Jugend in den Arbeitsmarkt. Die Einhaltung flächendeckender Mindestlöhne ist nicht kontrollierbar, führt daher zu unfairem Wettbewerb und Schwarzarbeit. Gesetzestreue Arbeitnehmer und Unternehmer werden mit der Einführung bestraft, unsere Sozialsysteme werden geschädigt und viele Arbeitnehmer zur Aufnahme von Scheinselbständigkeit genötigt. Flächendeckende Mindestlöhne sind unsozial.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen wesentlich zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Brandenburgs und zum sozialen Frieden in unserem Land bei. Die Idee der sozialen Partnerschaft erfordert funktionsfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände.

Unter den Bedingungen der Globalisierung müssen Unternehmer und vor allem Existenzgründer schnell und flexibel handeln können. Um Unternehmen mehr Spielraum bei der Einstellung von Mitarbeitern zu geben und um zugleich für mehr Transparenz und Rechtssicherheit für Beschäftigte und Arbeitgeber zu sorgen, muss das Kündigungsschutzrecht weiterentwickelt werden.

4. Wissenschaft und Forschung weiterentwickeln

Bildungs- und Wissenschaftspolitik sind zukunftsweisend. Sie ist zugleich Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die erforderliche Qualitätsentwicklung in Schulen, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Ausbildung und Weiterbildung ist nur mit zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen möglich. Wissen ist unsere wichtigste Ressource. Forschung und Entwicklung sind zentrale Grundlagen für Innovationen.

Um im Wettbewerb um die besten Köpfe mithalten zu können und dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel begegnen zu können, muss Brandenburg weiterhin Studienplätze aufbauen und noch mehr in die Hochschulen investieren.

Das Potenzial der Studienberechtigten wird sich in Brandenburg aufgrund der demographischen Entwicklung deutlich reduzieren. Daher müssen die brandenburgischen Hochschulen auch für Studienanfänger aus den alten Bundesländern attraktiv bleiben und verstärkt für ausländische Studierende, Nachwuchswissenschaftler und Forscher begehrte Einrichtungen werden. Unser Ziel ist es, den Anteil ausländischer Studienanfänger an den brandenburgischen Hochschulen weiter zu steigern. Wir befürworten zudem ein gezieltes Marketing unserer Hochschulen im Ausland und deren internationale Partnerschaften.

Schöpferische Freiheit in der Wissenschaft hat für uns einen hohen Stellenwert. Wir sind der Überzeugung, dass eine Atmosphäre von Kreativität und Inspiration, von Freiheit und unbürokratischer Unterstützung für exzellente Wissenschaftler die ergiebigste Quelle des Fortschritts ist. Das ermöglicht Spitzenleistungen und schafft Identität.

Auch im Hochschulbereich wächst Europa stärker zusammen und ermöglicht so eine bessere Nutzung des vorhandenen Wissenspotenzials. Ziel muss es sein, die Studienzeiten zu verkürzen, das Alter der Absolventen und die Studienabbrecherquoten zu senken.

Qualität, Eigenverantwortung, Leistung, Wettbewerb und Internationalität sind die Leitziele unserer Hochschulpolitik. Wir wollen eine vielfältige Hochschullandschaft in Brandenburg mit hochwertigen Studienangeboten und exzellenter Forschung schaffen. Geisteswissenschaften sowie Technik- und Naturwissenschaften müssen in der Bedeutung für unsere Gesellschaft gleichrangig sein. Notwendig ist auch, dass sich Hochschulen durch direkte Innovationen und Technologietransfer am Projekt Wachstum beteiligen. Das gute Niveau in Brandenburg gilt es zu halten und künftig weiter auszubauen. Gleichzeitig ist internationale Erfahrung für junge Wissenschaftler in Brandenburg unverzichtbar.

Wir wollen den Hochschulen mehr Freiräume geben, damit sie ihre Aufgaben selbstverantwortlich wahrnehmen können.

Wir stehen für die Weiterentwicklung der bereits bestehenden leistungsabhängigen Finanzierung der Hochschulen. Drittmittel müssen für die Lehre ebenso selbstverständlich werden, wie sie es für die Forschung geworden sind.

Um die Attraktivität des Studiums und des Studienstandorts Brandenburg weiter zu erhöhen, müssen Studienbeiträge als Drittmittel für die Lehre zweckgebunden in den Hochschulen für die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen verwendet werden.

Studienbeiträge können nur zusätzliche Einnahmen der Hochschulen darstellen. Deshalb muss sichergestellt werden, dass die heutige staatliche Finanzierung im Hinblick auf die Einnahmen aus den Studienbeiträgen nicht abgesenkt wird. Die Sicherung der staatlichen Basisfinanzierung bleibt eine vordringliche Aufgabe.

Eine moderne Ausbildungsförderung erfordert ein breites Angebot an Studienkrediten und Stipendien. Wir streben ein System nachlaufender Studienbeiträge an, die vorfinanziert und nach Abschluss des Studiums sozial verträglich zurückgezahlt werden.

Um Grundlagen- und Anwendungsforschung an den Hochschulen zu fördern, muss klarer zwischen Universitäten und Fachhochschulen differenziert werden. Die Universitäten haben sich mehr auf die wissenschaftliche Ausbildung zu konzentrieren. Der Fachhochschulabschluss muss mehr Anerkennung am Arbeitsmarkt erhalten.

Gemeinsame Berufungen und wissenschaftliche Kooperationen zwischen außeruniversitären Einrichtungen und Hochschulen sind ein Weg, um die Hochschulen als Ort der Spitzenforschung zu profilieren.

Nachhaltige Wissenschafts- und Forschungspolitik braucht einen besonderen Blick auf Nachwuchswissenschaftler. Sie brauchen verlässliche Auf- und Einstiegschancen.

5. Ländlichen Raum und Landwirtschaft erhalten

Zukunft für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum

Im ländlichen Raum leben mehr als 900.000 Brandenburger. Ihnen gilt unser besonderes Augenmerk. Die Land- und Forstwirtschaft ist ein stabiler wirtschaftlicher Faktor im Land und eine wichtige Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Sie sichert die Ernährung unserer Gesellschaft und ist damit unverzichtbar. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass diese Leistungen in Quantität und Qualität die entsprechende Anerkennung finden.

Land- und Forstwirte sind mittelständische Produzenten von Lebensmitteln und Rohstoffen. Deren unternehmerisches Handeln ist weiter zu stärken, Einkommensalternativen sind zu nutzen und Chancen zur Erschließung neuer Märkte zu öffnen. Wir erwarten von der Bundesregierung eine Bodenpolitik, die den ortsansässigen Landwirten auch weiterhin die Möglichkeit des Bodenerwerbs erhält.

Unsere Aufmerksamkeit gilt der Erhaltung und Weiterentwicklung der ländlichen Räume. Sie sind Natur-, Wirtschafts- und Kulturräume zugleich. Sie haben die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion mit unterschiedlichen Schwerpunkten zu leisten. Daher gilt es, ihre Zukunft, Entwicklung und Multifunktionalität unter Einbeziehung der vor Ort lebenden und wirtschaftenden Menschen zu sichern.

Die naturverträgliche und nachhaltige Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie der Gartenbau und die Jagd in Brandenburg sind der Garant für den Reichtum unserer Natur- und Kulturlandschaft. Nur die Bewirtschaftung dieser sichert deren Erhalt.

Wir stehen für eine wettbewerbsfähige, nach bäuerlichen Prinzipien arbeitende Land- und Forstwirtschaft, die flächendeckend betrieben wird und den Prinzipien der Nachhaltigkeit und des Verbraucherschutzes verpflichtet ist. Wir setzen uns dafür ein, dass das Instrument der Ausgleichszulage für benachteiligte Betriebe erhalten bleibt, dass Investitionen besonders im Veredelungsbereich in der Genehmigungsphase vereinfacht und beschleunigt werden und die Wasserbewirtschaftung im Land, als Voraussetzung für jegliches gegenwärtiges und zukünftiges Leben, den sich ändernden Bedingungen in Gesellschaft und Natur angepasst wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Anbau nachwachsender Rohstoffe durch eine an den Forderungen der Wirtschaft orientierte Forschung erweitert und rentabler gestaltet wird und das Waldumbauprogramm an den ökonomischen und ökologischen Anforderungen des Standortes und der Gesellschaft ausgerichtet wird.

Die gemeinsame EU-Agrarpolitik muss langfristige Planungssicherheit für die brandenburgischen Bauern bieten. Nationale Alleingänge zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft lehnen wir ab. Wir fordern einen entschlossenen Bürokratieabbau auf Ebene der EU, insbesondere vereinfachte Antragsverfahren bei EU-Direktzahlungen und die Entschlackung anderer Vorschriften.

Wir sprechen uns für die generelle Weiterentwicklung des Tierschutzes nach EU-einheitlichen Vorgaben bei den Tierhaltungssystemen und Tiertransporten aus. Die Standards der Tierhaltung müssen EU-einheitlich festgeschrieben werden, um die Umgehung des Tierschutzes und damit eine Produktionsverlagerung aus Deutschland heraus zu verhindern.

Schönheit unseres Landes nutzen

In seiner regionalen und kulturellen Vielfalt hat Brandenburg viel zu bieten – auf dem Land genauso wie in den Städten. Brandenburg: Das sind auch mehr als 500 Schlösser und Herrenhäuser, rund 10.500 Baudenkmäler, zahlreiche idyllische Innenstädte und Dörfer, Marktplätze, Gassen und Kirchen. Gerade die dünn besiedelten, landwirtschaftlich geprägten Regionen Brandenburgs bilden dabei einen attraktiven Kontrast zur hoch verdichteten Metropole Berlin. Brandenburg ist mit über 3.000 Seen und 33.000 Kilometern Fließgewässer ein ideales Urlaubsziel für Wassersportler.

Für die CDU hat der Tourismus als wichtiger eigenständiger Wirtschaftsfaktor einen zentralen Stellenwert. Tourismuspolitik ist Politik für den Mittelstand und für neue Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wir setzen auch künftig auf eine qualifizierte Verbesserung der touristischen Produkte und Dienstleistungen im Land Brandenburg. Der naturbezogene Tourismus und die Potenziale der Brandenburgischen Kurorte sind als feste Bestandteile des Tourismuskonzepts weiterzuentwickeln und zu stärken. Der entscheidende Erfolgsfaktor für Tourismus sind die Menschen. Gastfreundlichkeit, Weltoffenheit und Serviceorientierung sind Grundpfeiler einer erfolgreichen Tourismuswirtschaft.

Wir wollen, dass Brandenburg für Besucher aus dem In- und Ausland noch interessanter wird. Die vor allem im internationalen Tourismus vorhandenen Wachstumspotenziale müssen konsequent für unser Land und seine Menschen erschlossen werden.

6. Die Schöpfung in lebenswerter Umwelt bewahren

Brandenburgs Natur bewahren und erlebbar machen

Die CDU Brandenburg widmet vor dem Hintergrund von Ressourcen- und Flächenverbrauch, einem dramatischen Artenrückgang sowie einer Klimaveränderung den Belangen des Umwelt- und Naturschutzes ihre besondere Aufmerksamkeit. Die Bewahrung der Schöpfung, der rücksichtsvolle Umgang mit natürlichen Lebensgrundlagen und der Erhalt der biologischen Vielfalt liegen uns dabei besonders am Herzen.

Wir brauchen eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und der Inanspruchnahme von Rohstoffen, Energie und Umwelt. Die politischen Rahmenbedingungen sind so zu stellen, dass vermehrt endliche Ressourcen geschont und regenerative Ressourcen genutzt werden. Unser Ziel ist es, dass innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen in Brandenburg entwickelt werden, die von vornherein ein Optimum an Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit aufweisen und damit für zukunftsfähige Beschäftigung sorgen.

Brandenburg kann stolz sein auf seine vielfältige Natur. Diese zu bewahren ist daher Erbe und Herausforderung für die Naturschutzpolitik in unserem Lande. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wir uns in einer Kulturlandschaft befinden, deren Eigenart, Schönheit und Vielfalt zu einem erheblichen Teil erst durch das Wirtschaften der verschiedenen Nutzergruppen entstanden ist und erhalten werden kann.

Fast die Hälfte der Landesfläche unterliegt mindestens einer Kategorie des Flächenschutzes. Großschutzgebiete, Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete, „Natura 2000“-Gebiete (Flora-Fauna-Habitat-(FFH) und Vogelschutzgebiete) sowie verschiedenste Sonderbiotope und Lebensräume. Wir bekennen uns zum Erhalt und zur Entwicklung dieser Schutzgebiete.

Für die intakte Natur ist die Umsetzung der europäischen FFH-Richtlinie, nach der unter anderem zahlreiche Auen und Fließgewässer in Brandenburg ausgewählt sind, zu gewährleisten. Dabei ist zum Schutz der Gebiete das Mittel zu wählen, welches den Schutzzweck gewährleistet, aber andere Belange möglichst gering einschränkt.

Der Respekt vor der gesamten Schöpfung verpflichtet uns zu einem verantwortungsvollen Verhalten gegenüber unseren Mitgeschöpfen. Der Schutz der Tiere ist für uns ein wichtiges Anliegen. Wir setzen uns dafür ein, Tiere artgerecht zu halten und sie als Teil der Schöpfung zu achten und zu schützen.

Das Klima schützen zum Wohle von Mensch und Natur

Der globale Klimawandel ist zur ernststen Gefahr für die Schöpfung und die Lebenschancen künftiger Generationen geworden. Wir sehen es als ethische Pflicht und vordringliche politische Zukunftsaufgabe, dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Auch Brandenburg muss einen aktiven Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten. Wir müssen deshalb Impulsgeber im Klimaschutz werden und unsere Innovationskraft und Technologieführerschaft in diesem Bereich ausbauen. Der Klimaschutz muss elementarer Bestandteil des politischen Handelns in Brandenburg werden. Alle Politikbereiche in Brandenburg, aber auch die Kommunen müssen ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Hierzu bedarf es eines integrierten Ansatzes aller politischen Entscheidungsträger.

Wir wollen mit unserer Klimaschutzpolitik einen Beitrag dazu leisten, dass Deutschland bis 2020 die Treibhausgasemissionen um mindestens dreißig Prozent gegenüber 1990 senkt und die Erwärmung der Erdatmosphäre auf maximal zwei Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Ausgangssituation begrenzt wird. Das Einsparen von Energie, die Erhöhung der Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien sind tragende Säulen unserer Klimaschutzpolitik. Wir wollen die Entwicklung klimaschonender Technologien fördern.

Den Folgen des Klimawandels muss in Brandenburg sowohl mit einer verstärkten Minderung der klimaschädlichen Emissionen aber auch mit einer Anpassung der Bewirtschaftungsmethoden in der Land- und Forstwirtschaft begegnet werden. Die Kompetenz der wissenschaftlichen Facheinrichtungen und der Praxis sind in die Entwicklung von Handlungsoptionen einzubeziehen.

Wasser ist unser Lebenselixier: Wasserqualität und -quantität sichern

Der Schutz unseres Grundwassers insbesondere vor Verunreinigungen ist uns sehr wichtig, weil wir das Lebensmittel Trinkwasser daraus unmittelbar entnehmen. Es gilt dem erschreckenden Rückgang des Grundwasserspiegels in Brandenburg entgegenzuwirken. Wir unterstützen daher alle vertretbaren Maßnahmen, die zum Schutz und zum sparsamen Verbrauch von Trinkwasser sowie dessen sauberer Neubildung beitragen. Wir setzen uns deshalb für den Ausbau des Moorschutzprogramms und eine Kontinuität bei der Unterstützung des Waldumbaus ein.

Ziel des Gewässerschutzes in Brandenburg ist die Wiederherstellung eines sich weitgehend selbst regulierenden Wasserhaushaltes. Dabei muss der haushalterische Umgang mit den natürlichen Wasserressourcen im Vordergrund stehen. Zur Verbesserung des Wasserhaushaltes ist der lokalen Versickerung der Vorzug zu geben.

Der Hochwasserschutz soll durch eine weitere zügige und qualitativ hochwertige Sanierung und Fertigstellung der Deiche sowie die Schaffung von zusätzlichen potentiellen Überflutungsflächen sichergestellt werden.

Energie verfügbar und bezahlbar halten – nachwachsende Rohstoffe stärker nutzen

In der Energiebranche liegen für Brandenburg große Chancen und Potenziale. Eine zuverlässige, preiswerte und umweltschonende Energieversorgung ist für die Wirtschaft und die privaten Haushalte unseres Landes unverzichtbar.

Neben der Braunkohlenutzung als dem Rückgrat der Energieerzeugung in Brandenburg gilt es, einen angemessenen Mix regenerativer Energieerzeugung unter den Aspekten Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit zu erreichen. Dabei sind Verfahren und Techniken, bei denen ein technologischer Vorsprung besteht, für den Export zu nutzen.

Den Einsatz fossiler Energieträger wollen wir unter anderem durch Weiterentwicklung der Kraftwerkstechnologie hin zu CO₂-armen Kraftwerken und CO₂-Abscheidetechniken bei Kohlekraftwerken so klimaverträglich wie möglich gestalten.

Es sind alle Anstrengungen zu unternehmen, die Inanspruchnahme von Flächen durch den Bergbau so gering wie möglich zu halten.

Weiterhin kommt im Flächenland Brandenburg der Produktion von nachwachsenden Rohstoffen auf den Ackerflächen eine besondere Bedeutung zu. Dieses sind insbesondere Rapsöl und Ethanol aus Roggen, aber auch Energiemais und Getreide zur Energiegewinnung. Die Investitionen für Forschung und Entwicklung in zukunftsweisende Technologien, wie zum Beispiel der Pyrolyse zur gezielten Synthese von Kohlenwasserstoffen aus Biomasse und die Erforschung und der Anbau von gentechnisch optimierten Pflanzen zur Energiegewinnung und gezielten Industrie-Rohstoffproduktion, sollen insbesondere gefördert werden. Das Holzpotenzial Brandenburgs ist als Energie- und Rohstofflieferant bestmöglich auszunutzen und zu erschließen. Dafür muss auch in Zukunft eine forstamtliche Betreuung gewährleistet bleiben.

Neben dem verstärkten Einsatz von Biomasse sind die Weiterentwicklung und Produktion von Solar- und Windkraftanlagen besonders auch im Hinblick auf den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen auszubauen. Die Entwicklung und Vermarktung von Anlagen zur Nutzung von Geothermie sollte unterstützt und ausgebaut werden. Es sollen in erster Linie erneuerbare Energieträger zum Einsatz gelangen, die eine Chance auf Wirtschaftlichkeit haben. Auch bei regenerativen Energieformen sind der Flächenverbrauch sowie der Erhalt der Landschaft und die Vereinbarkeit mit dem Landschaftsbild im Blick zu halten. Eine Errichtung von Windkraftanlagen gegen den Willen der Kommunen lehnen wir ab.

Beim Energieverbrauch liegen die größten wirtschaftlich erschließbaren Energiesparpotenziale in der Erzeugung und Nutzung von Wärme. Wichtig sind gleichermaßen bessere Techniken mit höheren Wirkungsgraden (Kraft-Wärme-Kopplung) und an der Realität orientierte Anstrengungen bei der Einsparung von Energie, insbesondere im Gebäude- und Verkehrsbereich. Wissenschaft und Forschung sind an diesen Erfordernissen auszurichten. Hierzu sind alle ordnungsrechtlichen Maßnahmen für Investoren, Unternehmen und Verwaltung unmissverständlich, klar und handhabbar zu formulieren. Für größere Neubauten sollte, im Falle umfassender Sanierungsmaßnahmen und den Ersatz von Heizungsanlagen, die Einführung einer Nutzungspflicht für erneuerbare Energien geprüft werden.

7. Soziale Sicherheit und Geborgenheit sicherstellen

Gemeinsam sind wir stark – mehr bürgerschaftliches Miteinander

Viele Menschen in Brandenburg engagieren sich freiwillig und unentgeltlich für ihre Mitmenschen, für ein gutes Miteinander in der Gesellschaft oder für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Bandbreite reicht vom Sport, über die Altenpflege, die Kirchenarbeit bis hin zu sozialen Einrichtungen wie den „Tafeln“, die in akuten Notlagen helfen, ohne nach Ursachen und Schuldigen zu fragen. Darauf sind wir als CDU stolz.

Die CDU Brandenburg setzt sich für eine aktive Bürgergesellschaft ein. Ehrenamtliches Engagement verdient unsere besondere Wertschätzung und Unterstützung. Aufgabe des Staates ist es, verlässliche Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu schaffen und dem Gemeinsinn der Menschen eine sicherere Grundlage zu geben. Wir wissen, dass das bürgerschaftliche Engagement die Grundlage für unsere demokratische Kultur, das soziale Klima und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bildet. Freiheit und Engagement gehören für uns untrennbar zusammen.

Wir sind offen für traditionelle und neue Formen des Gemeinsinns. Besonders wichtig sind uns Vereine, Aktionen und Projekte, die sich an junge Menschen richten und die bei ihnen die Begeisterung für Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und Mitverantwortung wecken.

Wir Christdemokraten setzen uns dafür ein, dass die Kirchen ihren seelsorgerischen und sozialen Aufgaben auch in Zukunft nachkommen können. Sie geben Menschen Halt und der Gesellschaft Orientierung. Die Kirchen und die Arbeit der ihnen zugehörigen und nahe stehenden karitativen Organisationen sind für ein menschliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft unverzichtbar. Der Geist der Nächstenliebe verdient unseren Respekt und unsere Unterstützung.

Mit ihrem aufopferungsvollen Verhalten leisten in Brandenburg rund 50.000 freiwillige Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit der Menschen. Wir setzen uns dafür ein, dass der wichtigen und notwendigen Arbeit der Feuerwehren und der anderen Hilfsdienste stets ein hoher Stellenwert eingeräumt wird.

Unsere Anerkennung gebührt den Kommunalpolitikern, die sich in den Gemeindevertretungen ehrenamtlich für die Belange der Menschen in ihrer Kommune engagieren. Wir werben dafür, ein politisches Ehrenamt zu übernehmen und sich somit aktiv an den kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Angesichts der demographischen Entwicklung bedarf es großer Anstrengungen, um genügend junge Menschen für diesen verantwortungsvollen Dienst für die Allgemeinheit zu gewinnen. Diese Bemühungen wird die CDU Brandenburg gezielt fördern und unterstützen.

Wir wollen das Netzwerk der Solidarität in unserem Land erhalten und stärken. Hierfür müssen weitere Formen der Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten entwickelt werden. Wir wollen Eigeninitiative und verantwortliche Selbsthilfe stärken, indem wir den Aufbau eines dichten Netzes nicht-staatlicher Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen und Freiwilligenzentren unterstützen. Wir werben dafür, dass Jugendliche verstärkt politische Verantwortung übernehmen.

Faire Chancen für alle – Gleichberechtigung von Mann und Frau

Ziel unserer Politik ist es, die Gleichberechtigung von Frau und Mann in unserer Gesellschaft zu verwirklichen. Als Konsequenz aus dem Gleichberechtigungsgebot und seiner Verwirklichung setzen wir uns für die gezielte Förderung der Frauen in allen Lebensbereichen und sozialen Schichten ein. Wir fordern, dass Frauen die gleichen Chancen auf berufliches Fortkommen und den gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in allen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und in der Forschung haben wie Männer.

Wir wollen bestehende Benachteiligungen in Familie, Arbeitswelt, Politik und in den übrigen gesellschaftlichen Bereichen abbauen und dafür Sorge tragen, dass Frauen in Brandenburg ihr Leben frei und selbstbestimmt gestalten können. Berufliche Entwicklung muss mit einer Familiengründung vereinbar sein. Wir werden das Ziel weiter verfolgen, das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ zu verwirklichen.

Älteren Menschen Perspektiven geben – Potenziale der Senioren nutzen

Die CDU Brandenburg setzt sich für ein faires und solidarisches Miteinander aller Generationen ein. Ältere Menschen müssen einen festen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft haben. Sie sollen ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt gestalten können.

Wir sind unseren älteren Mitbürgern dankbar für ihre Lebensleistung und für das, was sie zur Entwicklung des Landes beitragen. Die Erfahrungen, Kompetenzen und Fähigkeiten älterer Menschen sind ein wertvoller Schatz, auf den unsere Gesellschaft in Zukunft mehr denn je angewiesen ist. Gerade auf dem Gebiet des bürgerschaftlichen Engagements von Senioren – beispielsweise der Übernahme von Patenschaften für Kinder und Jugendliche in Kindergärten und Schulen – liegen große Potenziale. Wir wollen die Potenziale älterer Menschen für die Gesellschaft besser nutzen. Seniorennetzwerke und Seniorexpertendienste leisten auf diesem Gebiet eine wertvolle Arbeit, die es auszubauen gilt.

Für Senioren ist es wichtig, nicht nur materiell gesichert leben zu können, sondern darüber hinaus akzeptiert und an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden. Mit einem/einer Seniorenbeauftragten innerhalb der Landesregierung wollen wir ein Zeichen setzen.

Wir verstehen Seniorenpolitik als eine Querschnittsaufgabe. Wir wollen, dass ältere Menschen auf allen politischen Ebenen Verantwortung übernehmen. In den in fast allen Kommunen bestehenden Seniorenbeiräten wird in dieser Hinsicht, mit aktiver Beteiligung von Mitgliedern der Senioren Union der CDU, schon erfolgreich gearbeitet. Wir unterstützen diese Aktivitäten zum Wohle der älteren Mitbürger und werden uns dafür einsetzen, dass der Dialog der Generationen aktiviert wird.

Unser Ziel ist es, dass die Menschen lange ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit führen können. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Entwicklung neuer Wohnmodelle, wie Seniorenwohn- und Nachbarschaftsgemeinschaften, generationenübergreifende Wohnmodelle und Wohnprojekte mit begleitenden Serviceangeboten.

Zudem gilt es, beim weiteren Ausbau der Infrastruktur verstärkt Barrierefreiheit zu schaffen und den Bedürfnissen der Senioren als Konsumenten in Handel, Kultur und Tourismus Rechnung zu tragen. Die Bildungsangebote für Senioren müssen verbessert werden.

Moderne Gesundheitspolitik: Versorgung sichern – Eigenverantwortung stärken

Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, für ein funktionierendes und leistungsfähiges Gesundheitswesen zu sorgen. Der Patient muss Mittelpunkt aller Bemühungen sein. Aufgabe des Gesundheitssystems ist es, in Notsituationen Leben zu retten, Krankheit zu heilen, Gesundheit zu erhalten und Leiden zu lindern.

Wir treten für ein freiheitliches und wettbewerbsorientiertes Gesundheitssystem, das dem Wohl des Patienten dient, ein. Zu diesem gehören sowohl gesetzliche als auch private Krankenversicherungen. Der faire Wettbewerb von Ärzten, Krankenhäusern, Arzneimittelherstellern, Apotheken und Versicherungsträgern ist ein wesentliches Mittel, die Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen zu verbessern.

Wir stehen für ein zukunftssicheres System der gesetzlichen Krankenversicherung, das eine qualitativ hochwertige Gesundheitsvorsorge sichert, den Veränderungen im Bevölkerungsaufbau Rechnung trägt, den Faktor Arbeit von Kosten entlastet und die erheblichen Wachstumschancen der Gesundheitsbranche ausschöpft. Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, die im Interesse der Allgemeinheit sind, müssen auch von der Allgemeinheit finanziert werden. Das Steuersystem bietet hierfür geeignete Möglichkeiten.

Die CDU setzt sich für eine wohnortnahe ambulante Versorgung der Patienten ein. Das Rückgrat dieses Systems sind die freiberuflichen Arztpraxen und die Krankenhäuser. Freiberuflich tätige Heilberufler sind unmittelbar und persönlich für die Erbringung einer optimalen Gesundheitsleistung verantwortlich. Kooperationsformen zwischen den freiberuflichen Praxen untereinander und mit stationären Einrichtungen zur Effektivitätssteigerung finden unsere Unterstützung. Wir stehen für ein entschlossenes Handeln gegen den Ärztemangel, für eine flächendeckende, bezahlbare medizinische Versorgung und eine finanziell sichere Ausstattung von Krankenhäusern. Wir befürworten neue Konzepte, die den Hausarzt entlasten und den Patienten zugute kommen, zum Beispiel die Einführung der Gemeindeschwester.

Der Präventionsgedanke und die Eigenverantwortung des Patienten sind zu stärken. Jeder ist gefordert, eine gesunde Lebensweise zu praktizieren und den ihm selbst möglichen Beitrag zu seiner Gesundheit zu leisten, bevor er die Hilfe der Solidargemeinschaft in Anspruch nimmt.

In einer immer älter werdenden Gesellschaft kommt der ambulanten Pflege eine hohe Bedeutung zu. Ihr Einsatz wird von uns unterstützt. Für deren Ausbau, getreu der Maßgabe „ambulant vor stationär“, setzen wir uns ein.

Die Kosten im Gesundheitswesen müssen für den Patienten transparent gemacht werden. Dazu ist die Kostenerstattung geeignet. Sie ermöglicht eine verantwortliche Entscheidung des Versicherten zur Inanspruchnahme von Leistungen. Darüber hinaus eröffnet die Entlastung der Arztpraxen und Gesundheitseinrichtungen von ausufernder Bürokratie Potenziale für eine bessere Patientenbetreuung.

Private Initiativen und Selbsthilfegruppen haben einen hohen Stellenwert im Gesundheitssystem. Sie übernehmen wichtige Aufgaben, die in der gesetzlichen Krankenversicherung so umfangreich nicht geleistet werden können. Diese Initiativen unterstützen wir ausdrücklich.

Die CDU Brandenburg lehnt jede Form der aktiven Sterbehilfe ab. Es gehört zu unseren Grundsätzen, dass jeder Mensch ein Recht auf würdevolles Sterben hat. Familien, stationäre Einrichtungen und Hospize müssen ethisch und fachlich in die Lage versetzt werden, die ihnen anvertrauten todkranken und sterbenden Menschen würdevoll zu begleiten.

Verbraucherschutz ist Lebensschutz

Effizienz, Transparenz und Information sind die Leitgedanken unserer Verbraucherschutzpolitik im Dienste der Bürger. Den Verbrauchern sind gesundheitlich einwandfreie, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen. Neben diversen öffentlichen Einrichtungen leisten die Verbraucherzentralen viel, damit die Verbraucher sich informieren und damit in ihren Rechten und Positionen stärken können.

Der Verbraucherschutz im Lebensmittelbereich muss sich an den Sicherheits- und Qualitätserwartungen der Bürger orientieren. Der Verbraucher hat Anspruch auf Transparenz aller Methoden und Rahmenbedingungen der Produktion, der Verarbeitung, des Vertriebs und des Verkaufs der Nahrungsmittel. Die „gläserne Nahrungsmittelkette“ ist Grundlage des gegenseitigen Vertrauens.

Wir wollen, dass Brandenburg beim Verbraucherschutzindex im Vergleich der Bundesländer auch künftig seine Spitzenposition hält.

Gemeinschaft braucht Zusammenhalt –Vereinsarbeit stärken

Bürgersinn stiftet gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Einsatz der Bürger ist durch nichts zu ersetzen. Jeder, ob jung oder alt, erwerbstätig oder arbeitslos, hat Fähigkeiten, die das Gemeinwesen bereichern können. Jeder Einzelne trägt Mitverantwortung für das Gemeinwohl. Von der Familie über das Ehrenamt, Vereine und Initiativen bis hin zu den Kirchen gibt es viele soziale Orte, Institutionen und Möglichkeiten, sich zu engagieren.

Ein wichtiger Aktivposten unseres Landes sind die Sportvereine. Der Jugend-, Breiten- und Leistungssport in Brandenburg hat eine Vielzahl von deutschen Meistern, Weltmeistern und Olympiasiegern hervorgebracht, die das Ansehen unseres Landes steigern. Darauf sind wir stolz.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass der Breiten- und Spitzensport auch in Zukunft eine angemessene Förderung und damit Planungssicherheit erfährt. Die CDU setzt sich dafür ein, dass der Breiten- und Spitzensport auch in Zukunft eine angemessene Förderung und damit Planungssicherheit erfährt, insbesondere für die Talententwicklung in Schule, Leistungssport und Verbandssystem. Die Leistungszentren im Land Brandenburg mit ihren Landesstützpunkten und Olympiastützpunkten nehmen eine wichtige Aufgabe wahr.

Faire Chancen für Menschen mit Behinderungen

Die CDU Brandenburg tritt dafür ein, Menschen mit Behinderungen faire Chancen zur Verwirklichung der eigenen Lebensentwürfe zu eröffnen. Dieses erfordert die besondere Solidarität des Gemeinwesens.

Besondere Forderungen sind dabei an den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und an barrierefreie Zugangsmöglichkeiten zu Verkehrsmitteln und öffentlichen Gebäuden jeder Art zu stellen. Die Bedingungen müssen so gestaltet werden, dass jeder behinderte Mensch die Chance hat, die eigenen Bildungs- und Berufsvorstellungen und Lebensentwürfe gleichberechtigt zu nichtbehinderten Menschen zu verwirklichen.

Ziel unserer Politik ist es, behinderte Menschen in unserer Gesellschaft zu integrieren und gleichberechtigt zu beteiligen. Wir treten dafür ein, dass in öffentlichen Verwaltungen, staatlichen Einrichtungen und der privaten Wirtschaft der gesetzlich geforderte Anteil behinderter Frauen und Männer an der Gesamtbeschäftigtenzahl beschäftigt wird.

Zuwanderung steuern – Integration stärken

Zu den großen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft gehört die Integration von Zuwanderern. Wir wollen, dass Ausländer, die rechtmäßig und dauerhaft bei uns sind, integriert in unserer Gesellschaft leben. Elementar für das Gelingen ist das Erlernen der deutschen Sprache. Ausländische Eltern müssen alles dafür tun, dass ihre Kinder Anteil an den Lebens- und Arbeitschancen unseres Landes haben.

Wir haben Respekt vor den kulturellen Werten der Menschen, die zu uns kommen. Aber wir akzeptieren nicht, wenn sich in unserer Gesellschaft Räume bilden, in denen unsere Rechtsordnung und unsere Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit und Gleichberechtigung der Frau offen abgelehnt werden. Wir Christdemokraten begrüßen kulturelle Vielfalt – aber als eine Vielfalt, die unsere eigene kulturelle Identität achtet und ergänzt. Die Bildung von Parallelgesellschaften lehnen wir ab.

Die aus der christlich-abendländischen Tradition entwickelten Werte – allen voran Menschenwürde, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit – sind universelle Werte. Sie dürfen nicht zur Disposition gestellt oder multikultureller Beliebigkeit geopfert werden. Sie sind die Grundlage unseres Grundgesetzes und friedlichen Zusammenlebens.

Integrationspolitik hat die Leitkultur in unserem Land anzuerkennen, sich auf sie auszurichten, weil sie die Verfassung umfasst und damit das Spezifikum der deutschen Nation ist. Kein funktionierendes Gemeinwesen kommt ohne eine solche prägende Kraft aus.

Vor der Einbürgerung muss der Wille der Zuwanderer zu erkennen sein, sich in unsere Gesellschaft einzubinden. Sprach- und Wissenstests gehören genauso dazu, wie die Anerkennung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft soll würdig und festlich begangen werden.

Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte. Wir treten für eine Politik ein, die den Missbrauch des Asylrechts bekämpft, die zügige Asylverfahren sicherstellt und bei rechtskräftiger Feststellung der Ausreisepflicht die Rückführung konsequent umsetzt. Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge dürfen grundsätzlich nur befristet aufgenommen werden.

Wir beobachten mit Sorge, dass Flucht und Vertreibung auf der Welt keinesfalls der Vergangenheit angehören. Daher halten wir es für wichtig, dass über Flucht und Vertreibung aufgeklärt wird. Vertreibung, egal wo und durch wen sie geschieht, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir fühlen uns den hunderttausenden im Land Brandenburg lebenden, vom Vertreibungsschicksal betroffenen Menschen besonders verbunden.

Das Engagement der Vertriebenenverbände verdient Unterstützung. Sie erfüllen als Interessenvertretung der Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler eine wertvolle und wichtige gesellschaftliche Aufgabe: bei der raschen Eingliederung in das wirtschaftliche und soziale Leben, der Pflege von Kontakten in die alte Heimat und dem Dialog mit unseren östlichen Nachbarn, der Bewahrung von Traditionen und des deutschen Kulturgutes dort, wo Deutsche ihre Heimat hatten und ihre Heimat haben.

Für lebendige und soziale Städte, Gemeinden und Kreise in unserem Land

Brandenburg ist ein Land mit einer hohen Lebensqualität. Das Bild unseres Landes wird bestimmt von landwirtschaftlich geprägten Regionen, aber auch von seinen urbanen Ballungszentren. Die Mischung aus urbanem und ländlichem Lebensstil ist ein wesentliches Merkmal für die Vielfalt Brandenburgs. Sie stellt eine Bereicherung für unser Land und seine Menschen dar.

Die CDU versteht sich als Sachwalterin der Interessen der Städte und Gemeinden in Brandenburg. Sie bekennt sich dazu, dass das verfassungsrechtlich geschützte Gut kommunaler Selbstverwaltung in allen Städten, Gemeinden und Landkreisen des Landes Brandenburg uneingeschränkt zu sichern ist. Die Leistungsfähigkeit der Kommunen ist sicherzustellen. In der Beziehung zwischen Land und Kommunen setzen wir uns für einen konsequenten Aufgabenabbau und eine kritische Überprüfung aller bestehenden Standards ein, die die Leistungsfähigkeit der Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung beeinträchtigen.

Mit Hilfe des Stadtumbaus wollen wir unsere Innenstädte lebens- und liebenswerter gestalten. Ziel des Stadtumbaus ist es, attraktive Innenstädte zu schaffen, um dem Wegzug der Bevölkerung aus den Städten entgegenzuwirken. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Gelder, die der Bund für den Stadtumbau bereitstellt, durch das Land kofinanziert werden. Zudem sollen die finanziellen Mittel für den Stadtumbau mit dem Ziel der Belebung der Innenstädte – auch die historischen Stadtkerne – eingesetzt werden. Um eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung zu beschleunigen, sollen die Sanierung und Umnutzung von architektonischen und historisch wertvoll bestehenden Gebäuden gegenüber Neubauten nachhaltig unterstützt werden.

Ein entscheidender Faktor für die Attraktivität der Städte ist die Sanierung der Innenstädte und die Wohnumfeldverbesserung. Wir setzen uns deshalb für die Fortführung der Förderung der Stadterneuerung ein. Aufgrund der demographischen Entwicklung ist es notwendig, dass das Land Brandenburg besondere Formen des Wohnens im Alter effektiv und unbürokratisch fördert und der Wohnungsbestand durch altersgerechten Umbau ertüchtigt wird.

Wir treten dafür ein, dass beim Stadtumbau grundsätzlich ein Ausgleich zwischen den Aspekten des Denkmalschutzes und den berechtigten Interessen privater Investoren gefunden wird. Denkmalschutz-, Naturschutz- und Bauvorschriften dürfen keine Investitionsbremse sein. Ein gemeinsames Konzept ist anzustreben. Genehmigungsverfahren bei Bauanträgen von Investoren sind zu beschleunigen. Normen und Standards müssen dabei investitionsfördernd sein.

Wir sehen es als erforderlich an, dass die Wohnungspolitik künftig auf städtebaulichen Konzepten aufbaut. Nur so kann dem Leerstandproblem begegnet und dazu beigetragen werden, dass sich die Situation für die Wohnungsunternehmen durch die Förderpolitik des Landes und des Bundes nicht verschärft.

Die Luftqualität in unseren Städten und Gemeinden hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Dennoch müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um die von der EU gesetzten Schadstoffgrenzwerte bei den verkehrsbezogenen Emissionen oder Stickoxidbelastungen zu erreichen. Ebenso setzen wir uns für die Bekämpfung von Lärmbelastungen ein.

Grundlage für soziale Kommunen sind solide Finanzen. Die Kommunen in Brandenburg haben die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung der neuen Bundesländer. Dies soll so bleiben. Mit dem Finanzausgleichsgesetz haben wir ein Instrument geschaffen, welches durch seine regelmäßige Anpassung nach fachlicher Begutachtung der Veränderung von Steueraufkommen und Bedarf Rechnung trägt.

Die Kommunen stehen in der Verantwortung, durch ständige kritische Überprüfung ihres Handelns und ihrer selbst gesteckten Ziele dafür zu sorgen, dass ihre Haushalte ausgeglichen sind. Da man vor Ort am besten weiß, was notwendig und richtig ist, fordern wir die Kommunen auf, sich stärker als bisher in den konkreten Bürokratieabbau einzubringen und dadurch wieder Freiräume für die Erledigung kommunaler Belange zu gewinnen.

Starkes Land – solide Finanzen

Die CDU Brandenburg steht für einen starken und schlanken Staat sowie für eine solide und realistische Finanzpolitik. Der sparsame und sinnvolle Umgang mit den Geldern der Steuerzahler muss die Grundlage allen Handelns sein. Wir wollen, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit als zentrales Element auch die Finanzpolitik bestimmt. Zukunftsvorsorge kann nur dann wirksam betrieben werden, wenn für künftige Generationen die finanzielle Handlungsfähigkeit gewahrt bleibt.

Nicht die Ausdehnung der Staatstätigkeit und wohlmeinende Detailregulierungen auf Gesetzes- und Verordnungsbasis sind das Gebot der Stunde, sondern der Mut, den Staat, etwa durch Privatisierungen, auf seine Kernaufgaben zurückzuführen und den Menschen in unserem Land die Lösungskompetenz vor Ort selbst zuzutrauen. Die CDU spricht sich für eine Beschränkung von Verbeamtungen auf staatliche Kernbereiche aus.

Wir werden dafür sorgen, dass der öffentliche Dienst sparsam und effizient für eine gute Verwaltung im Rahmen des Notwendigen sorgt. Die Möglichkeiten moderner Informationstechniken sind konsequent für Kostenreduzierung zu nutzen.

Bei der öffentlichen Aufgabenerfüllung ist die Überprüfung wirtschaftlicher Tätigkeit bei Land und Kommunen voranzutreiben. All die Gesellschaften und Beteiligungen, die nicht im Kernbereich staatlichen Handelns agieren, sind konsequent zu privatisieren. Kommunale und Landesunternehmen dürfen nicht als besser gestellte Konkurrenten die Bedingungen für die Wirtschaft erschweren und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Wirtschaft behindern.

Die brandenburgischen Unternehmen brauchen ein wettbewerbsfähiges Steuerwesen, damit sie im Land investieren und Arbeitsplätze schaffen. Mittel- und langfristig geht es neben der steuerpolitischen Vereinfachungen auch um mehr Entlastung für die Steuerzahler. Wir setzen uns deshalb mit Nachdruck für ein grundlegend erneuertes Einkommensteuergesetz mit niedrigen Steuersätzen ein. Im Zentrum muss die Vereinfachung und mit ihr die Leistungsgerechtigkeit stehen. Der Zukunftsbeitrag von Familien zum Generationenvertrag muss im Steuerrecht stärker Berücksichtigung finden.

Wir bekennen uns dazu, dass der Länderfinanzausgleich zukünftig stärker als bisher die Entwicklung von Leistungsfähigkeit belohnt. Hierzu braucht es einerseits Leistungsanreize im System und andererseits Sanktionen für Länder, die sich darauf einrichten, auf Kosten der anderen zu leben. Die Länder brauchen dafür mehr finanzielle Autonomie und eigene Gestaltungsräume im Bereich der Steuern. Wir werden uns dem Wettbewerb der Länder stellen und durch ständigen Vergleich von den Erfolgen anderer lernen und selbst Maßstäbe für andere setzen.

8. Freiheit und Demokratie schützen

Freiheit, Recht und Sicherheit für alle Bürger

Zu den Kernaufgaben des Staates gehört, die Grundrechte zu sichern und den Bürger vor Gefährdungen von innen und außen zu schützen. Grundlage für das Zusammenleben der Menschen ist die Werteordnung des Grundgesetzes. Im Rechtsstaat unterliegt die Ausübung staatlicher Gewalt der Bindung an Recht und Gesetz. Das Recht gibt unserer Gesellschaft einen Ordnungsrahmen. Es vermittelt Werte und zieht dem Machbaren dort Grenzen, wo Menschenwürde und Freiheit bedroht sind.

Freiheit und Sicherheit sind elementare Grundbedürfnisse des Menschen. Sie schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. Aus dem hoheitlichen Anspruch des Staates auf das Gewaltmonopol resultiert seine Verpflichtung, Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten.

Die Verhinderung von Straftaten, der Schutz vor Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die Aufklärung und Ahndung von Verbrechen und Vergehen sind unabdingbare Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben. Eine hohe polizeiliche Präsenz und konsequente Strafverfolgung garantieren allen Bürgern ein hohes Sicherheitsniveau. Sie sind unbedingte Voraussetzungen für die Lebensqualität der Bürger.

Für eine effektive Verbrechensbekämpfung

Die Sicherheit der Bürger und eine effektive Verbrechensbekämpfung haben für die CDU Priorität. Deshalb haben wir die kommunale Kriminalprävention gestärkt, die Überwachung von Kriminalitätsschwerpunkten mit Hilfe von Videokameras eingeführt und für eine konsequente Anwendung der DNA-Analyse gesorgt. Brandenburg hat sich fest in der Spitzengruppe der erfolgreichsten Länderpolizeien in Deutschland etabliert. Mit der Polizeireform wurden die Weichen dafür gestellt. Die Brandenburger Polizei, mit ihrer bürgernahen, motivierten und engagierten Arbeit, leistet für die Sicherheit der Bürger einen wichtigen Beitrag.

Unser Ziel ist, Brandenburg zu einer Region mit geringer Kriminalität und einer hohen Aufklärungsquote zu machen. Wir wollen, dass die brandenburgische Polizei so gut ausgestattet und qualifiziert ist, dass das Organisierte Verbrechen in unserem Land keine Chance hat. Mit dem Einsatz moderner Technik sollen Verbrechen aufgeklärt, potenzielle Straftäter abgeschreckt und das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen gestärkt werden.

Die Polizei soll in diesem Sinne zukunftsorientiert weiterentwickelt werden. Durch eine konsequente Gesetzgebung wollen wir die Handlungsinstrumentarien für die innere Sicherheit fortentwickeln. Dabei muss Gewaltdelikten und jeglicher Kriminalität im öffentlichen Raum durch verstärkte Polizeipräsenz, den Einsatz von Videoüberwachung, die Durchführung von anlassunabhängigen Kontrollen sowie durch den Einsatz moderner Digitalfunktechnik forciert begegnet werden. Der Rechtsstaat muss im öffentlichen Raum sichtbar sein.

Durch diese Präsenz muss auch der zunehmende Vandalismus gestoppt werden. Randalierern muss konsequent das Handwerk gelegt werden. Wir sind nicht gewillt, beschmierte Häuser, Busse und Bahnen, zerstörte Spielplätze, zerkratzte Autos oder demolierte Parkanlagen hinzunehmen! Das Graffiti-Bekämpfungsgesetz ist ein erster Schritt auf diesem Weg. Eine weitergehende Gesetzgebung ist unerlässlich. Wir werden deshalb weiterhin Initiativen ergreifen, um jede Verunstaltung durch unerwünschtes Graffiti als strafbares Handeln zu kennzeichnen und zu ahnden. Private und öffentliche Eigentümer müssen wirksam vor Graffiti-Schäden geschützt werden.

Die CDU Brandenburger misst darüber hinaus der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz in der Grenzregion zu Polen eine hohe Bedeutung bei. Durch die 250 Kilometer lange Grenze zur Republik Polen wird Brandenburg im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit geprägt. Dadurch besteht erheblicher Handlungsbedarf für die Polizei, die internationale Zusammenarbeit zwischen den Behörden in den Grenzgebieten zu intensivieren. Die grenzüberschreitende Kriminalitätsvorbeugung und -verhinderung muss auch weiterhin eine herausragende Rolle in der Arbeit der Brandenburger Polizei spielen.

Die aktive Bürgergesellschaft reicht bis in den Bereich der inneren Sicherheit hinein. Dies haben wir mit der Schaffung von Sicherheitspartnerschaften aufgegriffen. Deren Anliegen ist es, dass Bürger gemeinsam mit der Polizei gegen Sicherheitsdefizite in ihren Orten vorgehen und bei der Prävention mitwirken. Wir setzen uns auch künftig für eine von Kommunen, Polizei, Schulen, Jugend- und Sozialarbeit, Kirchen, Vereinen, Verbänden, der Wirtschaft und nicht zuletzt von der gesamten Bürgerschaft getragene kommunale Kriminalprävention ein.

Sicherheit setzt Zivilcourage voraus. Der Unkultur des Wegschauens muss entschlossen begegnet werden. Sie muss durch eine Kultur der Aufmerksamkeit und des Engagements des Einzelnen für die Gemeinschaft ersetzt werden.

Ein großes Problem für Brandenburg stellen nach wie vor die hohen Unfallzahlen im Straßenverkehr dar. An besonders gefährdeten Stellen fordern wir mehr polizeiliche Präsenz und entsprechende Geschwindigkeits- und Alkoholkontrollen. Wir unterstützen den flächendeckenden Einsatz von Drogentestgeräten bei Verkehrskontrollen, um dem zunehmenden Drogenmissbrauch am Steuer begegnen zu können. – Jeder muss wissen: Wer am Steuer leichtfertig mit dem Leben anderer spielt, rast, unter Alkohol oder Drogen fährt, muss mit hohen Strafen rechnen.

Jede Verharmlosung von Rechtsverstößen erschüttert das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat. Das Rechtsbewusstsein nimmt erheblichen Schaden, wenn Delikte nur deshalb nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden, weil sie massenhaft begangen und bagatellisiert werden – Ladendiebstahl oder Schwarzfahren sind keine Bagatelle, nur weil sie oft vorkommen. Straftat bleibt Straftat! Hemmschwellen werden damit gesenkt und Rechtsbrecher ermutigt. Das ist ein falsches Signal gerade gegenüber Kindern und Jugendlichen.

Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen. Das wirksame System beschleunigter Verfahren ist deshalb auszubauen. Eine wirkungsvolle und schnelle Strafvollstreckung garantiert am ehesten die Einhaltung der Rechtsordnung. Durch abgestimmte Verfahrensweisen zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft ist die Bearbeitung von Fällen der Kleinkriminalität zu beschleunigen und die Sanktionsquote zu erhöhen.

Die Eröffnung von eigenen Gestaltungsspielräumen und die Einräumung neuer Regelungsmöglichkeiten auf Landesebene im Bereich des Strafvollzugsrechts müssen konsequent genutzt werden, um dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger ausreichend Rechnung zu tragen, ohne dabei die Resozialisierung zu vernachlässigen.

Im Bereich des Strafvollzugs muss der geschlossene Vollzug die Regel bleiben. In den offenen Strafvollzug dürfen nur Gefangene übernommen werden, von denen keine Gefahr ausgeht. Bestrebungen, das System der Strafaussetzung zur Bewährung auszuweiten, erteilen wir eine klare Absage. Eine Ausweitung der Strafaussetzung zur Bewährung ist der Allgemeinheit nicht zuzumuten und würde von den Opfern als Hohn empfunden werden. Auch für den Maßregelvollzug gilt: Die Sicherheit der Bürger verdient oberste Priorität. Unsere Bürger haben einen Anspruch, vor kranken Schwerverbrechern hinreichend geschützt zu werden. Das Gutachterwesen der Justiz und im Maßregelwesen ist entsprechend dem neuesten Standard zu gestalten.

Effektive Strafverfolgung ist und bleibt der beste Opferschutz. Für uns steht nicht die Sorge um die Täter im Mittelpunkt, sondern der Schutz der Bürger vor Straftaten und die Not der Opfer, die es zu lindern gilt. Die Sicherheit der Bürger – insbesondere der Opfer von Straftaten – hat Vorrang vor Privilegien für die Täter. Die Opfer müssen besser geschützt und die Täter unnachgiebig verfolgt und konsequent bestraft werden. Die Strafen, die verhängt werden, müssen tat- und schuldangemessen sein und das den Opfern zugefügte Leid berücksichtigen.

Keine Macht den Drogen!

Die CDU Brandenburg spricht sich gegen eine Legalisierung von Drogen aus. Vielmehr muss die Drogenpolitik auch zukünftig auf Prävention, auf Hilfe für die Betroffenen sowie auf Abschreckung und konsequente Verfolgung setzen. Nur so kann der Schutz unserer Jugend und ein konsequentes Verbot illegaler Drogen durchgesetzt werden.

Die Polizei muss konsequent gegen Drogendealer vorgehen und den einfachen Zugriff auf Drogen – vor allem auf „Designerdrogen“ – verhindern. Offene Drogenszenen dürfen nicht geduldet werden. Gegen ihre Entstehung ist bereits im Ansatz mit aller Entschiedenheit vorzugehen. Diejenigen, die Hilfe aus der Sucht suchen, dürfen nicht allein gelassen werden. Sie müssen medizinische und soziale Angebote erhalten. Dazu bedarf es ausreichender Plätze in Beratungseinrichtungen sowie für Entzug, Therapie und Nachsorge.

Für einen leistungsstarken Zivil- und Katastrophenschutz

Neben polizeilicher Gefahrenabwehr, Strafverhütung und Strafverfolgung ist für die innere Sicherheit auch ein wirksamer Zivil- und Katastrophenschutz unerlässlich. Wir wollen diesen so weiterentwickeln, dass er den neuen Herausforderungen und Bedrohungen unserer Zeit gerecht wird, auf hohem technischen Niveau arbeiten kann und so einen umfassenden Schutz der Bevölkerung garantiert.

Wir benötigen ausreichend hochqualifiziertes Personal, Know-how und Ausrüstung für alle unsere Sicherheitskräfte. Unser Ziel ist es, im Land Brandenburg dauerhaft einen professionellen und schnellen Einsatz von Zivilschutzkräften, Katastrophenschutz und Feuerwehren zu ermöglichen, um auf den Fall der Fälle vorbereitet zu sein. Zudem müssen effiziente Zuständigkeits- und Entscheidungsstrukturen gerade im Hinblick auf außergewöhnliche Not- und Schadensfälle gewährleistet sein. Wir unterstützen dabei insbesondere die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Modernisierung der Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehr.

Unser Land Brandenburg: tolerant und weltoffen – kein Platz für Extremisten!

Brandenburg ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Für politische Extremisten, Fremdenfeindlichkeit und Nazi-Propaganda gibt es in unserem Land Brandenburg keinen Platz!

Dieser Grundhaltung fühlt sich die CDU Zeit ihres Bestehens verpflichtet. Von den 35 Unterzeichnern des Berliner Gründungsaufufes der CDU kamen 17 aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Dritten Reiches, zwei aus den Todeszellen in Plötzensee. Die Gründer der CDU einte die aus dem Erleben der Diktatur gewonnene Einsicht, dass nur der Rückgriff auf christliche Grundwerte und die Unantastbarkeit der Würde des Menschen eine humane, freiheitliche und demokratische Gesellschaft gewährleistet werden kann.

Wir fühlen uns den Gründern der CDU und vor allem den Bürgern Brandenburgs verpflichtet und wenden uns gegen jedweden politischen Extremismus. Aus welchen politischen Motiven heraus die Täter auch handeln: Gegenüber Hass, Gewalt, Rassismus und Intoleranz darf es keine Nachsicht geben. Die CDU wird konsequent gegen jede Form des politischen oder religiös motivierten Extremismus vorgehen und mit aller Entschiedenheit und Härte einschreiten, wenn Radikale zur Gewalt gegen Ausländer und andere Minderheiten aufrufen, oder gegen das öffentliche oder private Eigentum Dritter mobilisieren.

9. Kultur, Kunst und Medien fördern

Kunst- und Kulturlandschaft Brandenburg

Die CDU bekennt sich zum hohen Stellenwert von Kunst und Kultur im Land Brandenburg und setzt sich für deren Förderung und Pflege ein. Kunst und Kultur sind untrennbar mit dem Selbstverständnis der Brandenburger verbunden. Sie erwachsen aus dem Gestaltungswillen von Menschen und der Kreativität von Künstlern, deren Voraussetzung die Freiheit der Kunst ist. Ihre Förderung ist eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft. Aktive Kulturpolitik und Kulturförderung hat bewährte Tradition bewahren, Aktuelles fördern und Zukünftiges entfalten zu helfen.

Die Kultur hat nach Artikel 34 der Landesverfassung Brandenburgs einen herausgehobenen Rang. Deshalb hat der Staat bei der Kulturförderung eine wichtige Vorbildfunktion. Darüber hinaus ist auf diesem Feld aber auch das Engagement von Privatpersonen und Unternehmen gefordert. Die CDU wirbt für eine Stärkung des Mäzenatentums. Wir setzen uns dafür ein, dass die private Förderung von Kunst und Kultur erleichtert wird.

Die reichen Schätze der brandenburgisch-preußischen Geschichte bedürfen intensiver Pflege, Vermittlung und Annahme vor allem der jüngeren Generation. Die in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zusammengefassten Schlösser und Gärten sind von herausragender kunsthistorischer Bedeutung. In ihrer Mitte befindet sich in Potsdam das größte zusammenhängende Weltkulturerbedenkmal der UNESCO. Der Wiederaufbau des Potsdamer Stadtschlusses nach historischem Vorbild und der Garnisonkirche wird von der CDU mit aller Kraft vertreten. Das Stadtschloss wird nicht nur die Mitte Potsdams, sondern des ganzen Landes sein.

Die in ganz Brandenburg einmalige Verbindung von Landschaft, Parks, Schlössern und Herrenhäuser als große Kulturleistung früherer Herrscherhäuser, Künstler und Handwerker sollen auch künftig das Land prägen und die Menschen erfreuen. Eingebettet in die Gesamtkunstwerke unserer Kulturlandschaft gehören auch die 1.000 Jahre alte Geistes- und Baukultur des Christentums: Von der „Nikolaikirche“ als „Kathedrale der Mark“, dem Dom zu Brandenburg bis zu den Dorfkirchen oder der Klosteranlage von Neuzelle. Nirgendwo anders als am immensen Sanierungsstau bei vielen historischen Bauten Brandenburgs erkennt man deutlicher die Spätfolgen des Sozialismus. Deswegen sehen wir in deren Pflege, Bewahrung und zum Teil auch dem Wiederaufbau eine zentrale Aufgabe unserer Kulturpolitik.

Neben diesem Erbe bekennen wir uns auch zu den lehrreichen Zeugnissen unserer Industriekultur, seien es die Kalköfen von Rüdersdorf, der Braunkohletagebau und die Kohleveredlung in der Lausitz oder der Gigant des alten Stahlwerkes in Brandenburg an der Havel. Die Pflege des gesamten Erbes und seine lebendige Vermittlung in den „Kulturlandkampagnen“ des Landes Brandenburg findet unsere besondere Unterstützung.

Theater, Orchesterkunst und Musikkultur haben ihren Platz vor allem in den großen Städten des Landes. Deren Eigenständigkeit politisch zu erhalten und sie bei der Erfüllung der freiwilligen Aufgaben der Kulturförderung zu unterstützen, sehen wir nicht nur als alternativlos an, sondern als Grundlage für die Konsolidierung und Entwicklung der bürgerlichen Kultur des Landes.

Da die Städte und Landkreise auch in den kommenden Jahrzehnten nicht in der Lage sein werden, aus eigener Kraft Theater und Orchester zu unterhalten und wir auch keine zentralistische Zusammenlegung unter dem Dach einer „Landesbühne“ wollen, sprechen wir uns für die Fortsetzung der Theater- und Orchesterverbände aus. Schwerpunktmäßig nach Sparten auf die größeren Städte des Landes verteilt, bietet sich die beste Möglichkeit, künstlerische Qualität für die gesamte Fläche des Landes weiterhin zu entfalten. Dazu gehören auch die Mobilität der Kulturangebote, Eigeninitiative und Flexibilität. Kostenminimierung, Qualitätssteigerung und vor allem das Halten und die Bindung der Künstler im Land haben so den besten Boden.

Staatliche Musikschulen mit hohen Qualitätsstandards und einem großen Anteil fest angestellter Lehrer sind die Garantie für Vielfalt und Qualität bei der Förderung junger Talente in allen Teilen des Landes. Hier wird ein wesentlicher Teil der bürgerlichen Kultur der Zukunft angelegt. Private Musikschulen können diese Angebote sinnvoll ergänzen.

Bibliotheken und Museen sind Träger des Wissens, der Erinnerung und der Kultur der Identifikation der Bewohner mit ihrem Land. Das Land, die Kreise, Städte und Gemeinden sollen gemeinsam mit den vielen ehrenamtlich engagierten Vereinen und Personen für ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes Netz dieser Einrichtungen im Lande sorgen. Sie besitzen auch und gerade in dünn besiedelten Gegenden Brandenburgs eine wichtige Orientierungs- und Ankerfunktion. Deshalb sind die Bibliotheken in ihrem Bestand und ihrer Nutzung den modernen Medien anzupassen. Wir unterstützen den Erhalt und Ausbau von öffentlichen Bibliotheken in den Städten und Gemeinden zu Medienzentren.

Denkmalschutz und Denkmalpflege brauchen sowohl im Landeshaushalt, als auch in den Finanzplänen der Kreise und Städte feststehende Fonds, um der Aufgabe der Bewahrung und Überlieferung der über 30.000 Denkmale im Land gerecht werden zu können. Jeder sinnvoll investierte Euro in Kultur- und Kunstförderung zahlt sich langfristig bis zum Vierfachen wieder aus. Unter diesem Gesichtspunkt sollte die Kulturförderung als direkte Stütze der Entwicklung der ausgewiesenen Branchenkompetenzfelder und -zentren gesehen und eingesetzt werden.

Kunst und Kultur sind unverzichtbare, regionale Standortfaktoren. Sie leisten einen bedeutenden Beitrag zur regionalen Wertschöpfung und wirtschaftlichen Entwicklung. Aus den Mitteln des Finanzausgleichsgesetzes sollen jährlich Gelder für die Förderung spezieller Kulturprojekte im Lande zur Verfügung stehen.

Kunst und Kultur sind eindeutige Wirtschaftsfaktoren und müssen auch unter dem Blickwinkel der Wirtschaftsförderung so eingestuft werden.

Wir setzen uns aktiv für die Erhaltung der noch sichtbaren Zeugnisse der einstigen Teilung Deutschlands und für eine Kultur des Gedenkens an die Opfer von Diktatur und Unterdrückung ein. In diesem Zusammenhang ist uns die Aufarbeitung der Geschichte und Rehabilitierung der Vertriebenen an der innerdeutschen Grenze ein wichtiges Anliegen. Die Sicherung authentischer Orte des Gedenkens ist für jetzige und nachfolgende Generationen angesichts zunehmender Erinnerungslosigkeit, Verharmlosung und damit einhergehender Verklärung nationalsozialistischer und kommunistischer Diktaturen ein Beitrag zur Festigung des demokratischen Verständnisses.

Medien

Freie Medien sind ein wesentliches Element unserer demokratischen Grundordnung mit einer herausgehobenen Verantwortung. Sie sind ein besonders schützenswertes Kulturgut und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

Die CDU Brandenburg bekennt sich zu freien und unabhängigen Medien und zur gewachsenen dualen Rundfunkstruktur von öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkveranstaltern sowie einer pluralistischen, im Wettbewerb stehenden Zeitungslandschaft. Ein besonderes Augenmerk gilt dem im Land entstandenen Angebot an Lokalfernsehen sowie an lokalen und regionalen Radiosendern. Die Aufsichts- und Genehmigungsstrukturen sind an die Anforderungen an einen modernen Medienstandort im digitalen Zeitalter anzupassen und fortzuentwickeln.

Brandenburg besitzt mit der Medienstadt Potsdam-Babelsberg einen Medienstandort von herausragender nationaler und internationaler Qualität. Wir wollen die Konkurrenzfähigkeit dieses Standortes weiter stärken.

Der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) ist als gemeinsame öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt der Länder Berlin und Brandenburg auf einem guten Weg, sich bei den Brandenburgern und Berlinern als akzeptierter und geschätzter Heimatsender zu etablieren. Noch stärker als bisher müssen allerdings Programmformate in Hörfunk und Fernsehen entwickelt werden, in denen sich die Lebenswirklichkeit aller Brandenburger widerspiegelt.

Das Gebührenaufkommen in Berlin und Brandenburg muss zur Aufgabenerfüllung des rbb ausreichen. Für die Zukunft ist sicherzustellen, dass der gebührenfinanzierte Rundfunk seine Verwaltungsstrukturen effizienter organisiert und seine Aktivitäten ausschließlich auf einer klar zu definierenden Grundversorgung weiterentwickelt. Die CDU Brandenburg spricht sich gegen die Finanzierung weiterer Fernseh- und Hörfunkprogramme aus.

Im Interesse der Gebührenzahler muss mehr Gebührengerechtigkeit hergestellt werden. Künftige Gebührenerhöhungen haben sich ohne Berücksichtigung einer medienspezifischen Teuerungsrate, an der Höhe der Inflationsrate zu orientieren. Eine allein an das Empfangsgerät gekoppelte Rundfunkgebühr ist nicht mehr zeitgemäß. Eine einheitliche Abgabe auf ein rundfunktaugliches Gerät je Haushalt und Betriebsstätte sollte der Kern einer Neuregelung der Gebührenbemessung sein.

Die CDU Brandenburg steht für eine klare Trennung von gebühren- und werbefinanziertem Rundfunk. Aus ordnungspolitischen Gründen sollten öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten mittelfristig auf Einnahmen aus Werbung und Sponsoring verzichten.

10. Europa leben

Für ein selbstbewusstes Brandenburg im Herzen Europas

Die Einigung Europas gehört zum wertvollsten Erbe des 20. Jahrhunderts. Sie ermöglicht uns Europäern ein Leben in Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit. Sie ist ein Gewinn für uns alle. Für uns ist die Europäische Einigung eine Herzenssache, nicht nur eine Vernunftentscheidung. Das grenzenlose Europa ist für viele zu einer positiven Selbstverständlichkeit geworden.

Brandenburg hat aufgrund seiner Erfahrungen gerade durch die Schaffung und Erweiterung der Europäischen Union eine traditionell begründete Brücken- und Vermittlerfunktion in Europa. Die Beziehungen Brandenburg-Polen sind ein politisches Hauptdatum unserer Existenz.

Die Menschen in Brandenburg wissen, dass die Europäische Idee weit über bloße wirtschaftliche Überlegungen hinausgeht. Geprägt wird unser gemeinsames Europa vom Wunsch nach Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Die Europäische Union gründet auf der abendländischen und christlichen Kultur und den Menschenrechten; sie vertritt das Demokratieprinzip und will eine Sicherheitsgemeinschaft in einer unruhigen Welt sein. Gleichzeitig ist sie bestrebt, den Wohlstand ihrer Mitglieder zu mehren und gerecht zu verteilen. Mit der Erweiterung ist Brandenburg von einer Randregion in der Europäischen Union in das Zentrum des vereinten Europas gerückt.

Wir setzen uns für eine moderne, bürgernahe und demokratische Union ein, deren gemeinsame Grundlage das christliche Menschenbild ist. Nur mit klar abgegrenzten Zuständigkeiten für die Kommunen, Regionen, Nationen und die europäischen Institutionen lässt sich eine gute und erfolgreiche Zukunft gestalten.

Der Grundsatz der Subsidiarität muss konsequent das Handeln der Europäischen Union bestimmen. Wir wollen ein starkes Europa, das die Zukunft der Nationen sichert und leistungsfähige Regionen befördert. Unser Leitbild ist das „Europa der Regionen“. Dabei gilt es auch, leistungsstarke Regionen Europas zu beobachten, von deren Erfahrung zu lernen und dieses zum Nutzen Brandenburgs und seiner Bürger anzuwenden.

Wir beobachten mit Sorge, dass die Begeisterung der Bürger für den europäischen Gedanken in den meisten alten EU-Staaten nachgelassen hat. Wir wissen, dass den unbestreitbaren politischen und wirtschaftlichen Vorteilen der Erweiterung noch erhebliche Skepsis und Verunsicherung in der Bevölkerung gegenüberstehen. Viele Menschen verbinden mit der EU eine basisferne Bürokratie und abstrakte Umverteilungsmaschinerie.

Die Ängste und Bedenken unserer Bürger, die oftmals aus fehlenden oder falschen Informationen resultieren, nehmen wir sehr ernst. Wir werden dafür sorgen, dass Risiken, wie sie sich beispielsweise aus der Erweiterung der EU ergeben, begrenzt werden. Unser Augenmerk gilt dabei im Besonderen den brandenburgischen Grenzlandregionen. Die europäischen Nationalstaaten brauchen Europa, weil keiner mehr alle wesentlichen Aufgaben auf sich allein gestellt bewältigen kann. Dennoch darf Europa nicht zu einem zentralistisch regierten Superstaat werden. Der Grundsatz der Subsidiarität muss konsequenter als bisher das Handeln der Europäischen Union auf allen Ebenen bestimmen.

Wir treten für eine wirkungsvolle Einbindung Brandenburgs bei Entscheidungsprozessen der Europäischen Union ein – über den Bundesrat und den Ausschuss der Regionen ebenso wie mittels einer starken Vertretung in Brüssel.

In Brandenburg gibt es eine Vielzahl von Projekten, die die internationale Begegnung, insbesondere mit unseren Nachbarstaaten, den Austausch mit fremden Kulturen und die Freundschaft der Nationen zum Ziel haben. Dieses zunehmende Engagement von Jung und Alt ist erfreulich. Es ist für Frieden und Aussöhnung unerlässlich und muss weiter gestärkt werden.

Brandenburg muss es gelingen, die wichtigen Brückenfunktionen bei der Integration europäischer Märkte wahrzunehmen, damit sich für unser Bundesland Chancen für Wachstum und Beschäftigung ergeben. So lassen sich neue Märkte erschließen und Arbeitsplätze sichern. Je mehr „Brücken“ zu unseren Nachbarn gebaut werden, Sprachbarrieren fallen, die Menschen aufeinander zugehen und gemeinsam die Veränderungen gestalten umso besser wird es den Menschen in Brandenburg gelingen mit der Erweiterung und den neuen Herausforderungen umzugehen.

Deshalb wollen wir die deutsch-polnischen Partnerschaftsbeziehungen auf kommunaler und regionaler ebenso wie auf schulischer, sportlicher und parteipolitischer Ebene festigen und ausbauen. Wir treten für mehr Polnisch-Unterricht, Städtepartnerschaften und grenzüberschreitende Kulturprojekte ein. Die Verkehrswege nach Polen und in die baltischen Staaten und den Ostseeraum müssen ausgebaut werden.

Im internationalen Standortwettbewerb können sich Brandenburg und Berlin nur gemeinsam durchsetzen – als Deutschlands Hauptstadtregion.

Schlagwortverzeichnis

Die angegebenen Zahlen verweisen auf die entsprechenden Seiten im Text

- Abitur 26 f
- Alter 5, 17, 37, 55
- Altersaufbau 14
- ältere Menschen, ältere Mitbürger 13, 14, 17, 49
- alleinerziehende Mütter und Väter 18
- Arbeit 6, 7, 8, 27, 30, 33, 35, 47, 48, 49, 50, 58, 59
- Arbeitgeber 6, 36
- Arbeitnehmer 6, 7, 35, 36
- Arbeitslosigkeit 7, 35
- Arbeitsmarkt 35, 36, 38
- Arbeitsplätze 2, 6, 7, 11, 16, 20, 29, 31, 33, 35, 36, 46, 56, 68
- Armut 18
- Asyl, Asylrecht, Asylverfahren 53
- Aufgabenkritik 8
- Ausbildung 14, 20, 24, 27 f, 37, 38
- Ausbildungsplätze 30, 31, 41
- ausgeglichene Haushalte 16
- Ausländer, Ausländerfeindlichkeit 9, 53, 62
- Ausreisepflicht 53
- Aussiedler, Spätaussiedler 54

- Barrierefreiheit 49, 52
- BBI 34
- Begabte, Hochbegabte 24, 26
- Berlin-Brandenburg 17, 34, 66
- berufliche Bildung, Ausbildung, Weiterbildung, Entwicklung 20, 27 f, 48
- Beschäftigung, Beschäftigungschancen 7, 30, 35, 43, 68
- Betreuungsangebote, Betreuungsinfrastruktur 14, 20 f
- Bevölkerungsentwicklung 13, 15
- Bewahrung der Schöpfung 2, 10, 43, 44
- Bildung 2, 14, 18, 23 ff
- Biotechnologie, grüne 33
- Braunkohlenutzung, Braunkohletagebau 45, 64
- Bürgergesellschaft, aktive Bürgergesellschaft 5, 17, 47, 60
- bürgerschaftliches Engagement 47
- Bürokratie 30, 51, 68
- Bürokratieabbau 31, 41, 51, 55
- Bürokratiekosten 31

- Chancengerechtigkeit 2, 5
- christlich-abendländische Kultur, christlich-abendländische Tradition 9, 53, 67
- christliches Menschenbild 3, 12, 19, 27, 67

Daseinsvorsorge 34
 demographische Entwicklung, demographischer Wandel 13, 15, 34, 37, 48, 55
 Demokratie, Demokratieprinzip 2, 4, 11, 58, 67
 Denkmalpflege, Denkmalschutz 55, 63, 65
 Deutsche Einheit 4, 11 f
 deutsch-polnische, internationale Partnerschaften 37, 69
 Diktatur 3 ff, 11 f, 62, 65
 Dörfer 41
 Dorfkirchen 63
 Drogen 21, 60 f

Ehe 19
 ehrenamtliches Engagement 6, 47, 48, 52, 64
 Eigentum 6, 59, 62
 Eigenverantwortung 6, 15, 38, 50
 Einheit Deutschlands 11 f
 Eliteförderung 24
 Eltern 9, 18 ff, 24 f, 27 f, 53
 Energie, Energieversorgung 11, 43 ff
 Erneuerbare Energien 46
 Erziehung, Erziehungsauftrag, Erziehungsleistung 2, 18 f, 21, 23 ff
 Europa 2, 4, 9, 11, 17, 37, 67 f
 Europäische Union 30 f, 67 f
 Evangelische Sozialethik 4
 Extremismus 9, 22, 62

Fachhochschulen 28, 38
 Familie 2, 6, 8 f, 12, 14, 18 ff, 24, 29, 48, 51 f
 Familienförderung 19 f
 Familienpolitik 14, 18 f, 22
 Familien- und Partnerschaftsstrukturen 14
 Feuerwehr 47, 62
 Flächentarife 35
 Flughafen BBI 34
 Finanzen, solide Finanzen, Länderfinanzen 17, 55 f
 Formen der Partnerschaft 19
 Forschung 2, 11, 33, 37 ff, 41, 46, 48
 Forstwirtschaft 40, 44
 Frauen 3, 13, 20, 22, 30, 48, 52
 Freiheit 2, 3 ff, 29, 37, 47, 53, 58, 63, 67
 Frieden 29, 36, 67 f
 frühkindliche Bildung und Erziehung 24 f

Ganztagsangebot 26
Garnisonkirche 63
Gebührengerechtigkeit 66
Gemeinden 54 f, 64
Gemeindeschwester 50
Gemeinwesen 9, 52 f
Gemeinwohl 52
Generationen, Generationengerechtigkeit, Generationenvertrag 8 ff, 13, 16, 18, 44, 49, 56, 65
Gentechnologie, grüne Gentechnologie 33
Gerechtigkeit 6, 8 f, 16, 29, 53
Gesundheit, Gesundheitspolitik, Gesundheitsvorsorge 5, 50 f
gesundes Essen 26
Gewerkschaften 36
Gleichberechtigung 48, 53
Globalisierung 6, 36
Gott 5, 10 f
Großeltern 18
Grundschule 25 f
Grundwerte 6, 8, 10, 53, 62
Gymnasien 26, 28

Handwerk, Handwerker 31, 59, 63
Haushalte, öffentliche Haushalte 16, 55
Heimat, Heimatverbundenheit 9, 11, 13, 54
Hochschulen 27 f, 37 ff

Identität, identitätsstiftend 9, 15, 37, 53
Infrastruktur, Infrastrukturangebot, Infrastrukturpolitik 15, 30, 34, 49
innere Sicherheit 17, 58 ff
Innovation 7, 11, 32 f, 37 f
Integration 10, 12, 30, 36, 53, 68

Jugendarbeit 22
Jugendliche 21, 23 f, 35, 48 f, 60
Jugendschutz 21
junge Menschen 24, 47 f
Justiz 21, 59, 61

Katholische Soziallehre 4
 Kernaufgaben 7, 16, 17, 56, 58
 Kinder 9 ff, 13 f, 16, 18 ff, 49, 53, 60
 Kinderbetreuung 20 f
 Kindertagesstätte 19 f, 25 f
 Kinder- und Jugendschutz 21
 Kirche, Kirchenarbeit 4, 41, 47, 52, 60, 63
 Klima, Klimaschutz, Klimawandel 11, 18, 43 ff
 Kommunalpolitiker 48
 kommunale Selbstverwaltung 54
 Kommunen 6, 15, 44, 46, 49, 54 ff, 60, 67
 Kommunikationsinfrastruktur 35
 kommunistische Diktatur 3 f, 11, 65
 konservative Wertgrundlagen, konservative Strömungen 3 f
 Krankenversicherung, gesetzliche und private 50 f
 Kreise 54, 64 f
 Kriminalprävention, kommunale Kriminalprävention 58, 60
 Kunst 2, 63 ff
 Kultur 2, 6, 9 ff, 15, 47, 49, 60, 63 ff
 Kulturlandschaft 40, 43, 63
 Kulturnation 9

Ländlicher Raum 2, 13, 15, 34, 40
 Länderfinanzen, konsolidierte 17
 Landwirtschaft 2, 40 f, 54
 Leben des Menschen 5
 Lebensverhältnisse, gleiche 15
 Lebenslanges Lernen 28
 Lebenspartnerschaft → Formen der Partnerschaft
 Leistung 6, 8, 10, 12, 18, 23, 26, 29, 35, 38,
 Leistungsbereitschaft 5, 29
 Leistungsgerechtigkeit 35, 56
 Leistungsgesellschaft, solidarische Leistungsgesellschaft 8
 Leistungs- und Begabungsklassen 26
 Leitkultur 10, 53
 Loyalität 11

Markt, Märkte 6, 30, 32, 40, 68
 Medien 2, 21, 63 ff
 Medienerziehung 21
 Medizinische Versorgung 50
 Menschen mit Behinderung 52
 Menschenrechte 11, 67
 Menschenwürde 53, 58 → siehe auch Würde des Menschen
 Minderheiten 62
 Mindestlöhne, flächendeckende Mindestlöhne 36
 Miteinander 6, 8, 12, 47, 49
 Mittelstand 30 ff, 40 f
 Musikschulen 64

Nachbarn, östliche Nachbarn 54, 68
 Nachhaltigkeit 9 f, 40, 56
 nachwachsende Rohstoffe 45
 Nation, Nationen, Nationalstaaten 11 f, 33, 53, 67 f
 Nationalsozialismus 12
 Natur 10 f, 40 ff
 Naturschutz 43, 55
 neue Herausforderungen 2, 13
 Nutzungspflicht 46

Oberschule 26, 28
 ökologische Belange, ökologische Bildung, ökologische Notwendigkeit 4, 9, 11, 41
 Opferschutz 61
 Orchester, Orchesterkunst, Orchesterverbände 64

Partnerschaftsstrukturen 14
 Patriotismus 11
 Pflege, ambulante und stationäre Pflege 51
 Pflicht, Pflichtbewusstsein 8, 11, 19, 44
 Polen 30, 59, 67, 69
 Polizei 21, 24, 58 ff
 Potsdam 1, 63, 66, 71
 Prävention, Präventionsgedanke, Kriminalprävention 50, 58, 60 f
 Privatinitiative 6

Recht 5, 7, 9 f, 32, 58 ff
 Rechtsordnung 10, 53, 60
 Rechtsstaat, Rechtsstaatlichkeit 5, 9, 19, 21, 53, 58 ff
 Religion, Unterrichtsfach Religion 24
 Religionsfreiheit 53

Schöpfung 2, 10, 43 f
 Schulden, Schuldenverbot, Schuldenaufnahme 9, 16
 Schule 14, 19, 21, 23 ff
 Schutz des ungeborenen Lebens 5
 Schwangerschaftsabbrüche 22
 Selbsthilfe, Selbsthilfegruppen 5, 48, 51
 Selbstverständnis der CDU 2, 3
 Senioren, Seniorenpolitik, Seniorennetzwerke 49
 Sicherheit 2, 7, 17, 47, 51, 58 ff, 67
 Solidarität 6, 8, 29, 48, 52 f
 solidarische Leistungsgesellschaft 8
 Soziale Marktwirtschaft 6, 29
 soziale Sicherheit, soziale Verantwortung 2, 6, 47
 Sozialismus 12, 63
 Sozialpolitik, Sozialstaat 8
 Spätabtreibungen 22
 Sport, Sportvereine, Leistungssport, Spitzensport 41, 47, 52, 69
 Sprache, deutsche Sprache 9 f, 53

Staat 6 ff, 16 ff, 35, 47, 56, 58, 63, 68
 Staatsbürgerschaft 53
 Stadtumbau 54 f
 Städte 15, 41, 54 ff, 64 f
 Standortwettbewerb 17, 69
 Sterben 5, 41
 Steuern, Steuersystem, Steuerkraft, Steueraufkommen 16, 50, 55 ff
 Strafvollzug, Strafvollzugsrecht 60 f
 Studierende, Studienanfänger 37 ff
 Studienbeiträge 38
 Subsidiarität 6, 67 f
 Sucht, Suchtprävention 61

Tagesmütter 20
 Tagespflege, Tagespflegeeinrichtungen 19 f
 Tarifpartner 20, 35
 Technologie, Technologieführerschaft, Technologietransfer 33, 38, 44 ff
 Tierschutz, Schutz der Tiere 41, 44
 Toleranz 9, 18, 25, 62
 Tradition, traditionsbewusst 3 f, 9 f, 53 f, 63
 Treue 11

überkonfessionell 3
 Umwelt 2, 10 f, 43
 Umweltschutz, Umwelttechnologie, Umweltverträglichkeit 11, 43, 45
 Universitäten 28, 38
 Unternehmen 7, 14, 20, 27, 29 ff, 46, 56, 63
 Unternehmer 6 f, 29, 32, 36
 Unterricht 24, 26 f, 69
 Unterrichtsgarantie 23

Vaterland 11 f
 Verbraucherschutz 40, 51
 Verbrechensbekämpfung 58
 Vereinbarkeit von Familie und Beruf 20 ff
 Vereine 47, 52, 60, 64
 Verfassung, Landesverfassung, Verfassungsordnung, verfassungsrechtlich 16, 19, 53 f, 63
 Vergaberecht 32
 Verkehrsinfrastruktur 34
 verpflichtende kinderärztliche Untersuchungen 25
 verpflichtendes, beitragsfreies letztes Kindergartenjahr 25
 Verschuldung, Schuldenverbot 16, 55
 Verständnis vom Menschen 5, 18
 Vertreibung 4, 54
 Vertriebene, Heimatvertriebene, Vertriebene an der innerdeutschen Grenze 4, 12, 54, 65
 Verwaltung, Verwaltungshandeln 15 f, 31, 46, 52, 56, 66
 Videoüberwachung 59
 Visionen 2, 4, 13
 Volk 11 f
 Volkspartei 3 f, 7

Wachstum, Wachstumsregionen 2, 6 f, 29 ff, 34, 38, 68
Wahlfreiheit 18
Wald, Waldumbauprogramm 41, 45
Wasser, Wasserhaushalt 45
Wasserstraßen 34
Weiterbildung 14, 21, 25, 28, 37
Weltoffenheit 9, 41
Werte, wertorientiert 18 f, 23, 24, 53, 58
Werteordnung 10, 58
Wettbewerb 6, 17, 29, 32, 36 ff, 57, 65
Wiedervereinigung 4
Windkraftanlagen 46
Wirtschaft 6 f, 29 ff, 41, 45, 48, 52, 56, 60
Wirtschaftspolitik 7, 31, 37
Wissenschaft 2, 37 ff, 44, 46, 48
Wissensgesellschaft 28, 35
Wohlstand 7, 10, 29 f, 33, 67
wohnnortnahe Schulen 23
Wurzeln der CDU Brandenburg 3 f
Würde des Menschen 5, 9, 19, 62

Zahlungsmoral 32
zentralistisch 64, 68
Zivil- und Katastrophenschutz 62
Zukunft 2 ff, 15 ff, 28, 33, 40, 46 ff, 52, 64, 66 f
Zukunftsvorsorge 56
Zusammenhalt 5, 10, 47, 52
Zuwanderung 13, 53

Die Mitglieder der Programmkommission der CDU Brandenburg

Vorsitzender: Sven Petke MdL

weitere Mitglieder: Julia Abraham
Dieter Dombrowski MdL
Dr. Christian Ehler MdEP
Margot Heimbach
Dieter Helm MdL
Rolf Hilke, Generalsekretär der CDU Brandenburg
Jens Koeppen MdB
Staatssekretär Dr. Wolfgang Krüger
Dr. Bernhard Lamers
Prof. Dr. Wolfgang Loschelder
Thomas Lunacek MdL
Dr. Wieland Niekisch MdL
Katherina Reiche MdB
Barbara Richstein MdL
Steffen Scheller
Roswitha Schier MdL
Wilfried Schrey MdL
Monika Schulz MdL
Jan Redmann
Ingo Senftleben MdL
Michael Stübgen MdB
Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann
Andrea Voßhoff MdB
Mathias Wiegand



CDU BRANDENBURG

Impressum

Potsdam, November 2007
© CDU-Landesverband Brandenburg
Herausgeber:
CDU-Landesverband Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 18/19
14473 Potsdam
[Internet: www.cdu-brandenburg.de](http://www.cdu-brandenburg.de)
[Email: cdu-brandenburg@t-online.de](mailto:cdu-brandenburg@t-online.de)